MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin Juni 2019 Nr. 2

mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 68

- Madsack Mediengruppe
  Auflagenherr im Osten
- Berliner Verlag
  Wie haste dir verändert?

Medienwende
Wege in die Marktwirtschaft

IM FOKUS MEDIENWENDE

6 **ZWISCHEN STAATLICHER ZENSUR UND ENTFESSELTER MARKTWIRTSCHAFT**
Von Günter Herkel

10 **DESILLUSION DER WENDEZEIT**

12 **LINKE BLÄTTER IN DER NISCHE**
Immer wieder im Krisenmodus und der Blick auf junge Leser*innen

14 **WIE MADSACK DEN OSTEN EROBERTE**
Zukäufe brachten die Hannoveraner auf Rang fünf der größten Zeitungshäuser

16 **BERLINER, WIE HASTE DIR VERÄNDERT**
Zusammengespart, aber immer noch eine wichtige Stimme in der Hauptstadt

19 **NACHWENDEWELLEN**
Der steinige Weg vom Deutschen Fernsehfunk zu RBB und MDR

PORTRÄT

4 **BERUF SCHALTMEISTERIN: MONIKA BRUMMUND**

MEINUNG

5 **KEIN WIDERSPRUCH ZUR FLEXIBILITÄT**

VERDI UNTERWEGS

22 **VONEINANDER LERNEN UND GEMEINSAM STÄRKE ERFAHREN**
Gespräch mit Christoph Schmitz, designierter Leiter des künftigen Fachbereichs A in ver.di

25 **PRESSE-VERSORGUNG ZUKUNFTSFEST AUFGESTELLT**

26 **WER STEUERT WEN?**
Digitalisierungskongress zu Chancen und Risiken von KI im ver.di-Haus

27 **SCHON ENTDECKT? PRENZLAUER BERG NACHRICHTEN**

INTERNATIONAL

28 **24 JAHRE LEBENSERFAHRUNG**
Ausbildung beim SRF in der Schweiz – die meisten werden übernommen

29 **FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT**

29 **AKTION FÜR CASIMIR KPEDJO, BENIN**

TARIFE UND HONORARE

30 **CROSSMEDIALER TISCHREPORTER**

31 Kino
ANNÄHERUNG UND ABBRUCH

31 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
TARIFVERHANDLUNGEN BEGONNEN

31 **IMPRESSUM**

Titelbild
Foto: robertharding/
Eric Nathan

M ONLINE
Immer aktuell informiert.
Alle 14 Tage per Newsletter die neuesten Beiträge im Überblick.
>> mmm.verdi.de

Ohne Protest geht es auch unter DuMont 2019 nicht. Mit dem Umzug der Berliner Zeitung ins neue Haus in die Berliner Alte Jacobstraße verloren weitere Beschäftigte ihren Arbeitsplatz (S. 16–18).

Fotos (2): Christian v. Polentz

Wechselbad der Gefühle

Mauerfall vor 30 Jahren: Nichts im Osten ist mehr wie zuvor. Euphorie, Hoffnungen, Ängste, Ungewissheit, nicht selten ein Wechselbad der Gefühle, bestimmen in den folgenden Jahren den Alltag der Menschen, der viel zu schnell alt-bundesdeutsch geprägt wird. Die Medien im Osten machen da keine Ausnahme. M Menschen Machen Medien 2/2019 blickt im aktuellen Schwerpunkt auf 30 Jahre Medienentwicklung „zwischen staatlicher Zensur und entfesselter Marktwirtschaft“ (S. 6 bis 21).

„Wirkliche Freiheit“ gebe es „nur in der kurzen Phase zwischen dem Abbruch des Alten und dem Aufbau des Neuen“, wird Gerd Kurze, neugewählter Vorsitzender des „Verbandes der Journalisten“ der DDR in der März-Ausgabe von Publizistik und Kunst 1990 (M-Vorgängerzeitschrift) zitiert. Wie kurz diese Phase wirklich sein werde, konnte man auf dem ersten Kongress der Berufsvereinigung nach der Wende Ende Januar nur ahnen. Die Zeit der Mediengründungen, der Träume von einer vielfältigen freien, sich von unten entwickelnden neuen Presse und einem eigenständigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Osten währte nur wenige Monate. Bereits Anfang Juli 1990 hatten Springer, Bauer, FAZ, WAZ … das Zeitungs- und Zeitschriften-Territorium der DDR über sogenannte „Kooperationsbeziehungen“ unter sich aufgeteilt. Der Berliner Verlag, das größte Filetstück unter den DDR-Verlagen, wurde von Gruner+Jahr und Robert Maxwell übernommen (S. 16–18). Die Bundesregierung unterlag dem Lobbyismus der Großverlage und ließ sie ohne jegliche Regulierung gewähren. Und die Treuhandanstalt musste die Presse-Kooperationen 1991 nur noch bestätigen, mehr Befugnisse hatte sie nicht. (S. 10/11).

Und auch der VdJ der DDR erlebte das Jahresende 1990 nicht. Er wurde im September aufgelöst. Ein großer Teil seiner Mitglieder fand sich in der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union der IG Medien (heute dju in ver.di) wieder. Die Abwicklung des Deutschen Fernsehfunks (ehemals Fernsehen der DDR) fand bis Ende 1991 statt (S. 8, 19–21).

M kann in dieser Ausgabe nur einen Bruchteil dieser spannenden und auch für viele Medienschaffende sehr dramatischen Zeit abbilden. Deshalb wird M Online (mmm.verdi.de) in den nächsten Wochen und Monaten weitere Beiträge veröffentlichen. Im August wird beispielsweise ein Dossier über die Frauenzeitschriften in der DDR erscheinen und auch die wenig erfolgreichen Sanierungskonzepte der Treuhand für die DEFA und schließlich der Verkauf der traditionsreichen Filmgesellschaft 1992 werden ein Thema sein. Zudem geht der aktuelle M-Podcast im Interview mit Focus-Chefredakteur Robert Schneider der Frage nach „Kommt der Osten in den Medien zu kurz?“

Es gibt also eine Menge Gründe, den Sommer über M Online zu lesen – täglich aktualisiert! Die nächste Print-Ausgabe kommt erst im Oktober heraus. Dann mit einem Bericht über den ver.di-Gewerkschaftskongress Ende September in Leipzig!

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Beruf Schaltmeisterin: Monika Brummund

Foto: transitfoto / Christian v. Polentz

Den Überblick behalten

Ohne das tragbare Telefon geht es nicht: Zur Begrüßung im Flur des Deutschlandradio-Funkhauses am Berliner Hans-Rosenthal-Platz bringt Monika Brummund es mit. „Ich muss immer erreichbar sein“, sagt die 55-Jährige. Das Telefon wird dann auch öfter klingeln an diesem Morgen. Während die meisten Kolleg*innen so langsam eintrudeln, hält Monika Brummund bereits seit sechs Uhr morgens die Stellung im Schaltraum. Es ist der technische Knotenpunkt des Funkhauses, alle Schaltungen und Leitungen laufen über diesen Raum.

Da gilt es, den Überblick zu behalten: Die Schaltmeisterin wacht über eine beeindruckende Anzahl an Bildschirmen, Telefonen, Reglern und Knöpfen. Von hier aus stellt sie Verbindungen zu den Korrespondenten in aller Welt her, baut Konferenzschaltungen für die Kolleg*innen auf, kümmert sich um Leitungen für die Ü- Wagen und spricht sich mit Techniker*innen in den Studios ab – um nur ein paar ihrer Aufgaben zu nennen.

Sie ist Ansprechpartnerin für alle mögliche Fragen. „Hat hier jemand ein Problem, heißt es: ‚Ruf den Schaltraum an‘“, sagt Monika Brummund. Sie ist auch zur Stelle, wenn mal gar kein Ton mehr zu hören ist. Gibt es im Programm mehr als 30 Sekunden Stille, meldet sich das Warnsystem. Dann begibt sie sich auf die Suche nach der Ursache für den Sendeausfall und behebt das Problem so schnell wie möglich. „Havarie-Situation“ nennen sie das beim Radio.

Die gebürtige Berlinerin hat ihren Beruf beim DDR-Rundfunk gelernt. Facharbeiterin für Nachrichtentechnik hieß das damals, mit einer Spezialisierung auf tontechnische Anlagen. Diese Ausbildung – der Name verrät es – hatte eine klare technische Ausrichtung auf den Bereich Ton. Heute sei das anders, sagt Monika Brummund: Wer beim Deutschlandradio die Ausbildung als Mediengestalter*in Bild und Ton durchläuft, muss sich in vielen Bereichen auskennen, sollte idealerweise Noten lesen und ein Instrument spielen können.

Monika Brummunds Schwerpunkt war seit der Ausbildung die Hörspielproduktion. Dann kam die Wende, viele Mitarbeiter*innen verloren ihren Job. Brummund bewarb sich erfolgreich für eine Stelle beim neu gegründeten Deutschlandradio. An ihrem neuen Arbeitsplatz im Berliner Westen war sie zunächst im Bereich Produktion tätig, dann zuständig für die Übertragung der Sendungen. 2005 wurde eine Stelle im Schaltraum frei. Bis zu diesem Zeitpunkt habe sie „alles durchlaufen, was der Rundfunk hergibt, nur der Schaltraum hat mir noch gefehlt“, sagt sie.

Ihr Beruf hat sich durch die Digitalisierung stark verändert. Früher zum Beispiel, wenn mal etwas nicht geklappt hat mit der Übertragung bestimmter Sendungen, konnte es vorkommen, dass Brummund Kolleg*innen verständigen musste, die dann zum Langwellen-Sendemast fuhren und überprüften, ob dort ein Fehler vorliegt. Heute läuft natürlich alles digital. Monika Brummund hat ein Auge auf Online-Streams und Podcasts und sorgt dafür, dass die Übertragung auch dann funktioniert, wenn im Internet viel los ist und die Datenrate nach unten geht.

Der Schaltraum ist rund um die Uhr besetzt. Für die Schaltmeister*innen bedeutet das: Schichtdienst. Als sie im Schaltraum anfing, habe sie ihrem Mann und ihren zwei Kindern den Dienstplan gezeigt und gefragt: „Ist das in Ordnung für euch?“ Die Kinder waren da schon groß, alle waren einverstanden. Monika Brummund mag den Schichtdienst. Anders als andere Schichtarbeiter*innen leidet sie nicht unter Schlafproblemen.

Das Telefon klingelt: In einem Landesstudio funktioniert die Übertragung eines Gesprächs nicht. Brummund schaltet sich ein, man hört den Studiogast, der noch nichts bemerkt hat und weiterredet, den Moderator, der fragt: „Was machen wir jetzt?“ „Gib mir einen Moment“, sagt die Schaltmeisterin und stellt die Verbindung erneut her. Nach wenigen Augenblicken können sich der Moderator und sein Studiogast weiter unterhalten. „Zum Glück nur eine Aufzeichnung“, sagt Brummund.

Auch in stressigen Situationen ruhig zu bleiben – diese Fähigkeit ist wichtig im Schaltraum. Außerdem müsse man klare und kurze Ansagen machen können, sagt Brummund. Manchmal sage sie zu ihren Kolleg*innen: „So lange ich mit euch spreche, kann ich mich nicht um das Problem kümmern.“ Eigentlich sei sie gar nicht der Typ dafür. Aber im Laufe ihres Berufslebens habe sie sich diese Eigenschaft antrainiert. **Sarah Schaefer** <<

Kein Widerspruch zur Flexibilität

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) zur verpflichtenden Arbeitszeiterfassung ist wegweisend für unseren Berufsstand – in positiver Beziehung für die Redakteur*innen, aber auch für die Verlage. Dafür gibt es beweiskräftige Belege. Die Entwicklung in den wenigen Redaktionen, die in Deutschland die zwingende Arbeitszeiterfassung eingeführt haben, zeigt ein außergewöhnliches Phänomen, welches, wenn man sich eingehend und wertfrei mit der Materie beschäftigt, eine logische Folge von deren konsequenter Umsetzung ist.

Vorreiter der verpflichtenden Arbeitszeiterfassung war der Betriebsrat eines Tageszeitungsverlags in Ostwestfalen, der einen in diesem Bereich nicht unüblichen Berg von Überstunden in der Redaktion vor sich her schob. Die mutige Betriebsratsvorsitzende, dju-Mitglied und Mutter zweier Kinder, einigte sich nach zähen Verhandlungen in einer Einigungsstelle mit ihrem Arbeitgeber, die elektronische Erfassung der Arbeitszeit für Redakteur*innen einzuführen. Mit Erfolg und ohne den Untergang des Verlages herbeizuführen.

Arbeitnehmervertretungen in Bremen und Braunschweig folgten ihrem Beispiel. Mit erheblichem Widerstand durch die Arbeitgeber, erkämpft durch sämtliche gerichtlichen Instanzen, aber schließlich in Betriebsvereinbarungen mit den zähneknirschenden Arbeitgebern zu einem Ergebnis zum Wohle der Mitarbeiter*innen gebracht, vor allem was ihre Gesundheit betrifft.

Seit mehr als fünf Jahren bewährt sich die Arbeitszeiterfassung in Bremen und Braunschweig in der Praxis auf der Grundlage des Arbeitszeitgesetzes und der jeweiligen Arbeitszeit – ob bei tarifgebundenen oder tariflos angestellten Arbeitnehmer*innen. Die Akzeptanz der Belegschaft liegt bei nahezu 100 Prozent, zumal Planungssicherheit steigt, man dabei mit der Vertrauensarbeitszeit von „Stechuhrjournalismus“ so weit entfernt ist wie von „Arbeit 1.0“.

Ganz im Gegenteil. Arbeitszeiterfassung und flexibles Arbeiten sind kein Widerspruch. Laut der Umfrage einer Krankenkasse hat jede*r Zweite in Deutschland das Gefühl, am Rande des Burn-outs zu balancieren. Redakteur*innen bilden da keine Ausnahme. Es gilt Stress einzudämmen und ausreichend Ruhezeiten zu gewährleisten.

Mit einer Pflicht zur Arbeitszeiterfassung werden für Journalist*innen akzeptable Berufsvoraussetzungen in der Arbeitswelt 4.0 erst geschaffen. Die strukturierte und zwingende Planung von wertvoller Arbeitszeit wird in Zeiten der „digitalen Transformation“ immer wichtiger für unsere Branche. – Eine Branche, die in großen Teilen über viele Jahre aufgrund blendender Gewinnmargen technische Neuerungen vielfach ignoriert hat; ihre Redaktionsteams, wenn überhaupt, in oberflächlichen Schulungsprogrammen nur dürftig auf die Neuzeit vorbereitet hat.

Die verpflichtende Arbeitszeiterfassung steht auch nicht im Widerspruch zum „mobilen Arbeiten“ oder zum „Homeoffice“, es müssen ja nur die Arbeitsstunden aufgeschrieben werden. Mit den heutigen technischen Systemen kann die reine Arbeitszeit erfasst werden, das hat mit Stechuhr nichts zu tun, aber mit Gesundheitsschutz. Die Argumentation der Verlegerverbände für Zeitungen und Zeitschriften, dass der „kreative Freiraum“ für Journalist*innen verloren geht, ist so alt wie falsch. Schlicht: Humbug!

Betriebsräte müssen mit Unterstützung der Gewerkschaften den sich abzeichnenden „Liebesentzug“ durch ihre Arbeitgeber, wie es Arbeitsrechtsprofessor Dr. Wolfgang Däubler treffend formulierte, einfach in Kauf nehmen. Die moralischen und rechtlichen Voraussetzungen sind besser denn je. Die mutige Betriebsratsvorsitzende aus Ostwestfalen ist übrigens mittlerweile Redaktionsleiterin – ohne eine verpflichtende Arbeitserfassung so gut wie unmöglich.

Jörg Brokmann <<

Foto: privat

Der Autor ist Redakteur und Betriebsratsvorsitzender der Braunschweiger Zeitung

Anzeige

Jubiläumsaktion

70 Jahre

fotolia/ivanko80

Erwachsene Kinder von Presse-Versicherten können sich, unabhängig von Alter und Beruf, im Rahmen der Jubiläumsaktion bei uns versichern.

Mehr Rente für Journalisten
www.presse-versorgung.de

Presse-Versorgung
0711 2056 244
info@presse-versorgung.de

30 Jahre nach der Wende bietet die Medienlandschaft im Osten Deutschlands ein zwiespältiges Bild. Nach wie vor verlieren die von westdeutschen Großverlagen kontrollierten ehemaligen DDR-Traditionstitel überdurchschnittlich an Auflage. Der aufgelöste staatliche DDR-Rundfunk ist erfolgreich in ARD und ZDF integriert. Gescheitert war indes früh der Traum von einem „Dritten" Medienweg.

Zwischen staatlicher Zensur und entfesselter Marktwirtschaft

Von Günter Herkel

Staatsunabhängige Medien, eine von der Lizenzierungspflicht befreite Presse, ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem – solche in den meisten demokratischen Gesellschaften selbstverständlichen Einrichtungen – sollte es nach dem Fall der Mauer auch im Osten Deutschlands geben. Tatsächlich schickte sich noch die alte DDR-Volkskammer bereits Anfang 1990 an, auf den Trümmern der SED-Diktatur die Medien zu demokratisieren. Grundlage war der „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit". Der Kernsatz dieses Dekrets: „Jegliche Zensur der Medien ist untersagt."

Formal war auch in der DDR-Verfassung die Freiheit von Presse und Rundfunk gewährleistet. Mit dem westlichen Demokratiebegriff hatte dies freilich wenig zu tun. Die sozialistische Definition forderte Freiheit nicht als Individualrecht, sondern als „Recht einer Klasse", im Zweifel selbstredend der Partei der Arbeiterklasse. Wie dies gehandhabt wurde, zeigte sich gerade in der Agoniephase des SED-Regimes besonders drastisch. Der damalige ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda Joachim Herrmann, verantwortlich für die penible Überwachung der Medieninhalte, drangsalierte die Beschäftigten nahezu täglich mit absurden Direktiven. Etwa vom Schlage „Tiefflüge sind kein Thema für uns" oder „Wir beschäftigen uns nicht mit der Ausreiseproblematik". Auch Eingriffe in laufende

Zeitschriften und Zeitungen der DDR, fotografiert im Museum „Zeitreise" in Radebeul, dass 2016 verkauft und als Museum „Die Welt der DDR" am 29. Januar 2017 in Dresden neueröffnet wurde.

Foto: Stefan Kühn

Foto: Toni Nemes

Plakatreklame für die DDR-Illustrierte „F.F. dabei“ am 20. Februar 1996 in Berlin.
Die einzige Programmzeitschrift für das Fernsehen der DDR wurde noch im Jahr 1996 eingestellt (s. S. 16).

Sendungen der „Aktuellen Kamera“ waren keine Seltenheit. Damit sollte nun Schluss sein. Eine wichtige Rolle spielte seinerzeit der rund 40köpfige Medienkontrollrat, ein vom Runden Tisch vorgeschlagenes und von der Volkskammer eingesetztes Gremium staatsunabhängiger, gesellschaftlich relevanter Gruppen. In diesem Rat tummelten sich unter anderem Bürgerrechtler vom Neuen Forum, dem Unabhängigen Frauenverband und der Initiative für eine Vereinigte Linke. Der bunte Haufen sollte die Medienentwicklung kritisch begleiten und bei der Umsetzung des Medienbeschlusses der Volkskammer helfen. Eines Beschlusses, der manch brisanten Programmpunkt enthielt. „Zur Sicherung der Eigenständigkeit der Medien unseres Landes“, hieß es da beispielsweise, „bedarf jede Eigentumsbeteiligung an Medien der DDR durch Ausländer der Genehmigung des Medienkontrollrates“. Ein klarer Schuss vor den Bug von Springer, Burda, Bertelmann & Co. Die scharrten schon vernehmlich mit den Hufen, um ihre Claims bei der anstehenden Eroberung des ostdeutschen Zeitungsmarktes abzustecken.

Idee: Rundfunk in Volkseigentum

Der DDR-Rundfunk, da bestand durchaus Konsens, sollte zwar in ein öffentlich-rechtliches System überführt werden. Abweichend von den Verhältnissen bei ARD und ZDF sollten die elektronischen Medien nach den Vorstellungen der Bürgerrechtler jedoch „Volkseigentum“ sein und von allerdings nicht näher definierten „gesellschaftlichen Räten“ kontrolliert werden. Jedem Anfang, so heißt es bei Hermann Hesse, wohnt ein Zauber inne. Es herrschte „eine unheimliche Aufbruchsstimmung“, erinnerte sich später Buchverleger und Publizist Christoph Links, der am 1. Dezember 1989, den Ch. Links Verlag gründete. Es war das „wunderbare Jahr der Anarchie“, eine kurze historische Phase, in der alles möglich schien. Sogar Westjournalisten seien in den Osten gekommen, „um sowas mal zu erleben, weil sie das aus ihren verfestigten Anstalten nicht kannten“. In neuen Formaten wie dem Jugendmagazin „Elf 99“ und Live-Sendungen erprobten die Mitarbeiter*innen des DDR-Rundfunks nun erstmals einen freien und kontroversen Journalismus. Bärbel Romanowski, damals Redakteurin beim DDR-Fernsehen, heute PR-Beraterin und Mitglied im Medienrat Berlin-Brandenburg, bekam seinerzeit im „Deutschen Fernsehfunk“ (DFF) eine eigene Frauensendung: „Ungeschminkt“. Anfangs konnte sie es kaum fassen, unkontrolliert, ohne Interventionen von Funktionären der Staatspartei arbeiten zu können. „Keiner sagte, was willst du den Minister fragen, keiner wollte wissen, wie strukturierst du die Sendung. So haben wir zwei Jahre lang Fernsehen gemacht, völlig frei.“

Doch für die Anhänger eines „dritten“ Medienwegs zwischen staatlicher Zensur und entfesselter Marktwirtschaft dauerte dieser Zauber nur kurz. Für die Printmedien der DDR schlug schon am 1. April 1990 die Stunde der Wahrheit. Damals wurden die Zeitungen und Zeitschriften recht abrupt in die raue Welt der freien Marktwirtschaft entlassen. Der Wegfall staatlicher Subventionen löste sofort eine rasante Pressekonzentration aus. Die ersten Opfer waren vor allem die überregionalen Zentralblätter und der größte Teil der Neugründungen aus der Nachwendezeit. »

Besonders schlecht erging es den ehemaligen nationalen Sprachrohren der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen. Bis 1992 eingestellt wurden das *Deutsche Sportecho, Der Morgen* (zwischenzeitlich im Besitz von Springer), die *Berliner Allgemeine* (früher: *Nationalzeitung*), das *Deutsche Landblatt* (früher: *Bauern-Echo*) sowie das einstige FDGB-Organ *Tribüne*. Zwei Jahre später erwischte es auch das frühere CDU-Blatt *Neue Zeit* (zwischenzeitlich unter Kontrolle der *FAZ*). Nur das ehemalige SED-Zentralorgan *Neues Deutschland (ND)* und das einstige zentrale Blatt der Freien Deutschen Jugend (FDJ) *Junge Welt (JW)* überlebten bis heute. Beide erreichen allerdings mit Auflagen von etwa 24.000 (*ND*) bzw. geschätzten 15.000 Exemplaren (*JW*) nur noch einen Bruchteil ihrer früheren Massenauflage von insgesamt 2,6 Millionen.

Günstige Politik für Westverlage

Auch die im Gefolge der Wende gegründeten unabhängigen Zeitungen der Bürgerrechtsbewegung verschwanden vom Markt. Übrig blieben vor allem die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Diese auflagenstarken Blätter verfügten schon zu DDR-Zeiten über ein fast vollständiges Monopol orts- und kreisbezogener Berichterstattung. Dass dieser Zustand schon wenige Jahre nach dem gesellschaftlichen Umbruch wiederhergestellt war, ist vor allem dem erfolgreichen Lobbyismus westdeutscher Großverlage, dem Stillhalten der Bundesregierung und der kurzsichtigen Politik der Treuhandanstalt zu verdanken. Letztere hatte im April 1991 die begehrten Bezirkszeitungen an Konzerne verkauft. Eine – vorsichtig ausgedrückt – den Interessen der Westverlage sehr entgegenkommende Politik und die Untätigkeit der Kartellämter beförderten eine Art „ursprüngliche Akkumulation“ des Verlagskapitals im Osten der Republik.

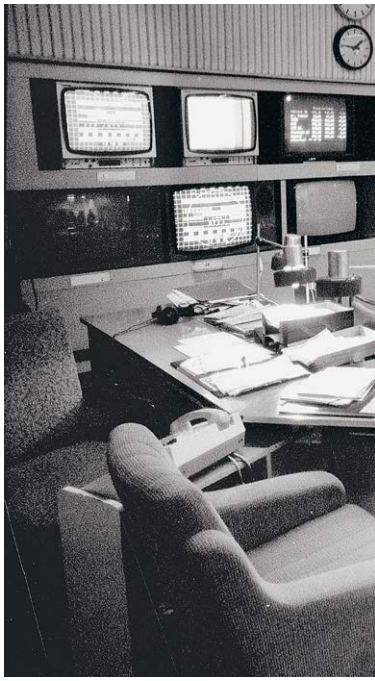
Gegen die Wucht, mit der die Westverlage ihren eigenen Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb etablierten, war das veraltete, bürokratische Vertriebssystem der DDR-Post hoffnungslos unterlegen. „Die Flut der Pressetitel von drüben … verstopft Weg und Kanäle, durch die sich die landeseigene Presse ihren Weg zum Leser suchen muss“, klagte im Mai 1990 DDR-Medienminister Gottfried Müller – ja, sowas gab es wirklich, wenn auch nur ein halbes Jahr lang. Müller: „Es ist nicht selten so, dass an Kiosken die Pakete mit den grauen DDR-Produkten gar nicht mehr ausgepackt werden, weil man ja allen Platz zur Präsentation der bunten West-Titel braucht.“

Von den in der DDR lizenzierten 543 Zeitschriften überlebte nur eine Handvoll. Zu den bekannteren zählen das Verbrauchermagazin *Guter Rat*, die Satirezeitschrift *Eulenspiegel* sowie das einst wegen freizügiger Erotikaufnahmen populäre und als „Bückware“ gehandelte *Magazin*. Einzige erfolgreiche Zeitschriftenneugründung ist das Wochenblatt *Super Illu*, ein bunter Digest mit hohem Nostalgiekonzentrat – laut Branchenspott das „Blatt für die geschundene Ost-Seele“.

Bereits kurz darauf war der „Zeitungsfrühling“ beendet, die zeitweilig beachtliche Vielfalt drastisch reduziert. Ironie der Geschichte: Der Marktanteil der verhökerten Bezirkszeitungen an der Auflage aller regionalen Aboblätter liegt heute höher als zur Zeit der SED-Diktatur. Allerdings verzeichnen alle Blätter einen dramatischen Auflagenschwund. So hat sich ihre Gesamtauflage innerhalb der vergangenen 30 Jahre im Schnitt etwa um mehr als zwei Drittel reduziert. (vgl. Grafik)

Deutscher Fernsehfunk aufgelöst

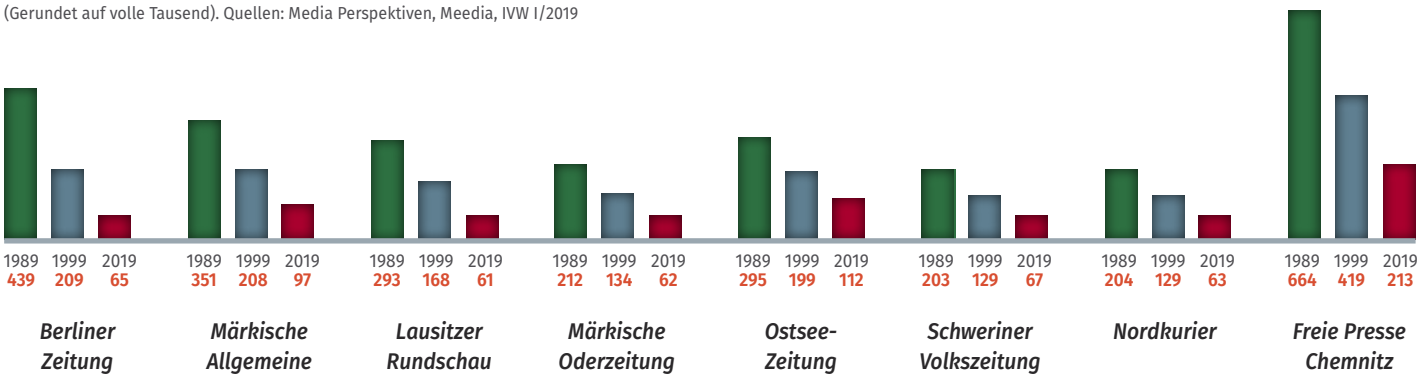
Auch im Rundfunk gelang es den Befürwortern des Dritten Weges nicht, eigene Akzente zu setzen. An der Eingliederung in öffentlich-rechtliche Strukturen nach dem Vorbild von ARD und ZDF führte kein Weg vorbei. Als Rundfunkbeauftragter für die neuen Bundesländer agierte bis Ende 1991 Rudolf Mühlfenzl, der ehemalige Chefredakteur des damals noch erzkonservativen Bayerischen Rundfunks. Ihm eilte seinerzeit der Ruf eines gnadenlosen Abwicklers, eines Wessi mit Konquistadorenmentalität voraus. Der Deutsche Fernsehfunk wurde aufgelöst. Von den zentralen DDR-Hörfunkstationen überlebte nur „Deutschlandsender DS Kultur“ im Schoße des neu gegründeten Deutschland-



Nachrichtenraum der „Aktuellen Kamera“ 1990 in Berlin-Adlershof

Auflagenentwicklung der früheren SED-Bezirkszeitungen
Verkaufte Auflage in Tsd. Exemplaren

(Gerundet auf volle Tausend). Quellen: Media Perspektiven, Meedia, IVW I/2019



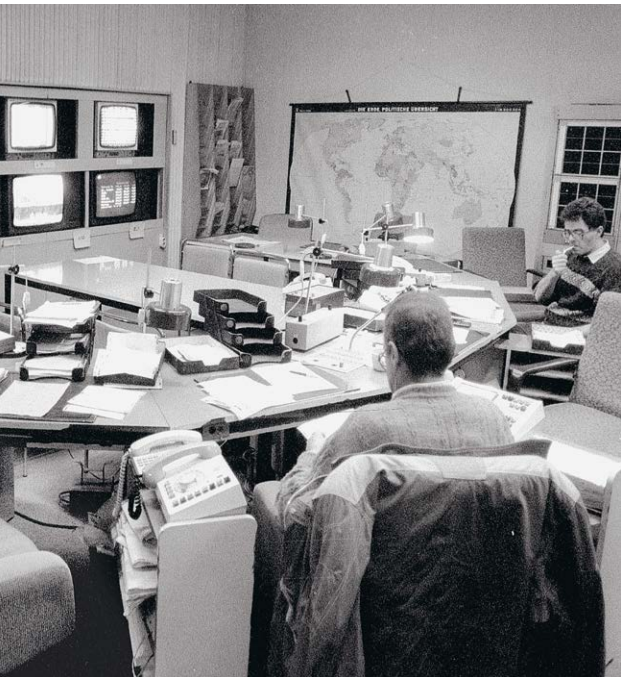


Foto: Paul Glaser

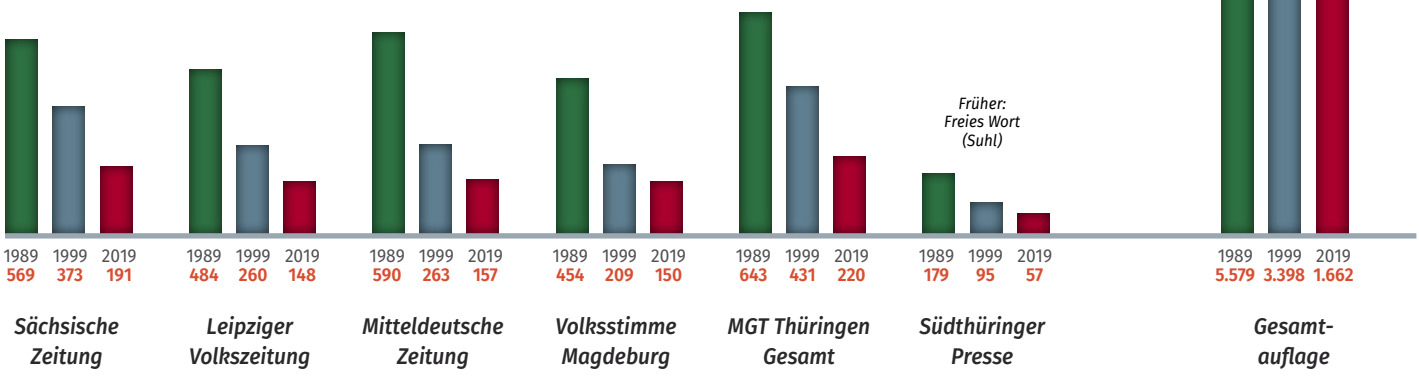
radios. DS Kultur, 1994 mit dem Westberliner RIAS zum Deutschlandradio Berlin (heute: DLF Kultur) fusioniert, profitierte von der politischen Entscheidung der Ministerpräsidenten der Länder, neben dem Deutschlandfunk einen weiteren werbefreien nationalen Hörfunkkanal zu betreiben.

Besonders kontrovers verlief die Neugestaltung beim Aufbau öffentlich-rechtlicher Strukturen in den einzelnen Ländern. Die Idee einiger Ostpolitiker, in den fünf neuen Ländern eine gemeinsame dritte öffentlich-rechtliche TV-Anstalt neben ARD und ZDF zu bilden, stieß auf wenig Gegenliebe. Dieser auch von der Medienlinken favorisierte Ansatz wurde durch egoistisches Gezerre innerhalb der ARD und der Länder vertan. Am Ende schloss sich Mecklenburg-Vorpommern dem NDR an. Das 2,5-Millionen-Land Brandenburg leistete sich zunächst aus der nicht ganz unbegründeten Furcht vor einer Dominanz des Hauptstadt-Senders Freies Berlin (SFB) mit dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) einen eigenen Sender. Eine umstrittene Entscheidung, die mit der 2003 erfolgten Fusion von ORB und SFB zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) korrigiert wurde. Dagegen gründeten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt bereits 1991 den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Der Dreiländerverbund ist heute die fünftgrößte ARD-Anstalt. Ein Konstrukt, das Chefabwickler Mühlfenzl später als größten Erfolg seiner Tätigkeit ansah. Vom ehemaligen DDR-Rundfunk blieb nicht viel mehr als „Unser Sandmännchen“.

Kein Gehör fand auch eine andere zentrale Forderung der Medienopposition: die Rundfunkaufsicht durch staatsferne, gesellschaftliche Räte. In Abgrenzung zur damals schon umstrittenen Zusammensetzung einiger Rundfunkräte in der ARD und des ZDF-Fernsehrates forderte etwa die Medienwissenschaftlerin Edith Spielhagen als Mitglied des Medienkontrollrats die Präsenz von „mehr Medienexperten“ und „weniger Vertretern aus Staat, Regierung und Parteien“. Eine nach wie vor aktuelle Problematik, wie der folgende jahrelange und bis in die Gegenwart reichende Streit um eine allzu große Staatsnähe vor allem der ZDF-Gremien zeigt.

Viele Chancen verspielt

Die „Medienwende“ von 1989/90 war, so lässt sich im Rückblick resümieren, keine Wende ausschließlich zum Guten. Das gilt vor allem für die Printmedien. Verspielt wurde „die große Chance auf eine dicht gewebte, feingliedrige, von unten gewachsene Presselandschaft“, urteilt der Leipziger Kommunikationswissenschaftler Uwe Krüger. Eine Landschaft, die die spezifischen lokalen und regionalen Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Interessen mit viel Bürgerbeteiligung hätte ausdrücken, verhandeln und in den gesamtdeutschen politischen Diskurs einspeisen können“. Was wäre, fragt Krüger, wenn die Keime einer solchen Printmedien-Flora nicht „von den mächtigsten Akteuren in einem unregulierten Markt zerstört worden wären?“ Und er gibt selbst die Antwort: „Vielleicht wäre der Osten heute weniger rechts, weniger anfällig für Demagogen, fühlte sich weniger abgehängt und bedroht, vielleicht wäre er stärker, selbstbewusster, demokratischer.“ <<



Grafik für M: Petra Dreßler

Desillusion der Wendezeit

Interview mit Mandy Tröger, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilian-Universität München

2018 promovierte Mandy Tröger mit der Arbeit „On Unregulated Markets and the Freedom of Media. The Transition of the East German Press after 1989" an der University of Illinois.

Eine bearbeitete Fassung wird in Kürze unter dem Titel „Pressefrühling und Profit: Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten" in Buchform erscheinen.

M | Noch Anfang 1990 war in der untergehenden DDR von einem „Zeitungsfrühling" die Rede. Mehr als 100 neugegründete Blätter sorgten für eine nie gekannte Pressevielfalt. Kurz darauf war davon nichts mehr übrig. Was ist da passiert?

Mandy Tröger | Schon im März 1990 wurden von den Großverlagen der BRD massiv westdeutsche Presseprodukte auf den DDR-Markt gedrückt. Das gelang mit Hilfe von Preisdumping. Eigentlich war der Umtauschkurs 1 DM zu 3 Mark. Im Bestreben, möglichst früh neue Leser zu gewinnen, wanderten die Presseerzeugnisse zum 1:1-Kurs über die Theke. Das war faktisch ein Minusgeschäft. Es ging aber zunächst vor allem zu Lasten kleinerer westdeutscher Verlage und der DDR-Verlage. Letztere arbeiteten noch unter den Bedingungen der Planwirtschaft. Das heißt, sie waren immer noch auf Subventionen angewiesen. Springer, Burda, Bauer und G+J dagegen teilten das Verbreitungsgebiet DDR unter sich auf und errichteten einen verlagseigenen Pressevertrieb. Am 1. April fielen dann die Subventionen für die DDR-Presse weg. Die DDR-Verlage verfügten über keine Infrastruktur, keine Werbung, kein Marketing. Das knappe Papier mussten sie weiter im Preisverhältnis 1:3 kaufen. Was Vertriebsstrukturen und Qualität anging, waren die DDR-Blätter mit den Produkten der Westverlage nicht konkurrenzfähig. Auch die Neugründungen konnten in diesem Umfeld nicht lange mithalten. Obwohl die DDR zu diesem Zeitpunkt formal noch ein souveräner Staat war, hatte sich faktisch bereits ein gesamtdeutscher Printmarkt etabliert.

Gleichzeitig liefen schon seit Ende 1989 intensive Kooperationsgespräche von westdeutschen und DDR-Verlagen. War das nicht illegal?

Die Aufteilung der DDR-Medien unter den westdeutschen Großverlagen war im Prinzip spätestens im Mai 1990 schon durch. Es zirkulierten Listen ostdeutscher Zeitungen mit potentiellen Käufern oder mit klaren Kooperationsvereinbarungen. Die reichten von Büroausstattungen über Druckaufträge bis zur Inhalteproduktion im Westen. Allein die *Ostsee-Zeitung* bekam schon im Dezember 1989 fünf Anfragen innerhalb einer Woche. Hoch im Kurs stand auch der Berliner Verlag (siehe auch S. 16–18), da gaben sich sämtliche Großverlage die Klinke in die Hand. Besonders scharf waren die finanzstarken Großverlage, vor allem Bauer und später Springer, auf die vierzehn SED-Bezirkszeitungen sowie den Berliner Verlag samt *Berliner Zeitung*. Im Gegensatz zum *Neuen Deutschland* und der *Jungen Welt*, denen die institutionellen Großabnehmer wegbrachen, konnten diese Blätter ihre Auflagen stabil behaupten. Mit Auflagen zwischen 200.000 und 600.000 Exemplaren hatten sie quasi eine Monopolstellung in den jeweiligen Bezirken.

> „... Aber während des ganzen Prozesses hat die Politik mehr oder weniger tatenlos zugesehen."

Auch die Treuhand spielte in dieser historischen Situation eine höchst unrühmliche Rolle. Nach dem Verkauf der SED-Bezirkszeitungen an die westdeutschen Großverlage war die Pressevielfalt geringer als noch zu Zeiten der DDR-Diktatur. Ist das nicht ein Treppenwitz der Mediengeschichte?

Was die Presse angeht, da ist die Treuhand eigentlich nur der Sündenbock. Das eigentliche Problem lag bei der Bundesregierung. Der größte Teil der bestehenden Kooperationen wurde faktisch 1991 von der Treuhand

Foto: Christl Metzenrath

nachträglich nur offiziell genehmigt. Natürlich hätte es die Möglichkeit gegeben, das zu unterbinden. Am Ende bestand aber kein Interesse daran, die Monopolisierung zu verhindern. Birgit Breuel, seit 1991 Präsidentin der Treuhand, sagte später: Die Großverlage wussten um ihre Macht. Die Treuhand hatte kaum Alternativen und keinen politischen Auftrag, für Pressevielfalt zu sorgen. Man brauchte finanzstarke Verlage. Daher war im Prinzip die Übernahme der Zeitungen im Mai/Juni 1990 bereits abgeschlossen. Es kam nur noch zu einigen Verschiebungen.

Die Kohl-Regierung ließ die Westverlage also offenbar gewähren?

Die Rolle der Bundesregierung und speziell des Bundesinnenministeriums ist in der historischen Betrachtung einigermaßen unterbelichtet.

Ja, das Bundesinnenministerium ließ westdeutsche Verlage Anfang 1990 gewähren. Ziel war, Informationen für die März-Wahlen in die DDR zu bekommen. Was kaum bekannt ist: Schon Ende 1990 gab das BMI eine Studie in Auftrag mit dem Ziel, die Pressekonzentration in der DDR und später in den Neuen Ländern zu dokumentieren. Als die Ergebnisse Ende 1991/92 publiziert wurden, gab es einen Aufschrei. Weil man da das ganze Ausmaß der Monopolisierung allmählich überblickte. Aber während des ganzen Prozesses hat die Politik mehr oder weniger tatenlos zugesehen.

Und die Ostpolitiker? Immerhin hatte die DDR für kurze Zeit sogar einen eigenen Medienminister. Und dann gab es noch den Medienkontrollrat ...

Der Medienkontrollrat wurde am 5. Februar 1990 auf Grundlage des Medienbeschlusses basisdemokratisch geschaffen, hatte aber keine exekutive Gewalt. Er formulierte Plädoyers, Beschwerden, mischte sich ein, versuchte, die Expansion der Westverlage zu stoppen, wurde aber letztlich immer wieder übergangen. Der CDU-Mann und Theologe Gottfried Müller, Medienminister im Kabinett von Lothar de Maizière, wollte die Monopolstrukturen der DDR-Presse zerschlagen. Ihm schwebten zum Beispiel mittelständische, verlagsunabhängige Grossisten nach dem Vorbild der Bundesrepublik vor. Die Pressevertriebsverordnung von Mai 1990 richtete sich entsprechend gegen den verlagsabhängigen Vertrieb der großen Vier. Darin hieß es ganz klar: Verlage dürfen nicht selbst in den Vertrieb von Presseprodukten involviert sein. Aber zu dem Zeitpunkt gab es schon eine komplette Infrastruktur mit 3.000 Verkaufsstellen, die konnten nicht mehr durch politisches Handeln abgebaut werden. Der Staat war schwach. Das Vakuum wurde durch die Verlage genutzt, um Tatsachen zu schaffen und ihren Exklusivvertrieb aufzubauen.

Warum schritten die Kartellämter seinerzeit nicht ein?

Das Amt für Wettbewerbsschutz wurde schon zu Zeiten der Modrow-Regierung nach dem Vorbild des Bundeskartellamtes am 20. März 1990 gegründet. Es fing aber erst Monate später mit der Arbeit an. Zu spät, um noch einzugreifen. Das in der Noch-DDR eingeführte Kartellrecht war außerdem wesentlich marktfreundlicher als das Recht in der alten Bundesrepublik. In der Vertriebsfrage war das Bundeskartellamt zuständig, es schritt nach der Einheit ein und löste das Verlagskartell im Pressevertrieb auf. Ziel war, bestehende Strukturen in der BRD nicht zu gefährden. Am Ende hat die Bundesregierung im Osten aber auf den freien Markt gesetzt.

Waren die DDR-Bürger vom Hochglanz westdeutscher Verlagsprodukte geblendet oder hat die Gier nach der D-Mark am Ende alle basisdemokratischen Bedürfnisse plattgemacht?

Es gab politischen Druck, den DDR-Bürgern den Zugang zur Westpresse zu geben. Trotzdem hielten die DDR-Bürger an ihren ehemaligen Bezirksblättern fest. Viele wollten schließlich die D-Mark, klar. Aber die ersten Wahlen wurden ja ganz krass von der Kohl-Regierung beeinflusst. Allein das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen hat 7,5 Millionen Mark in den Wahlkampf gesteckt. Das Bundesinnenministerium hatte noch im Februar 1990 die Westverlage gewarnt, sie agierten in einer rechtlichen Grauzone. Aber im anlaufenden Wahlkampf hat es dann die Verlage geradezu ermutigt, diese Grauzone zu nutzen und nach Osten zu expandieren.

Bürgerrechtler und der Medienkontrollrat träumten eine Weile den Traum vom „dritten“ Weg, einem Weg zwischen kapitalistischem Markt und staatlicher Zensur. War dieser Traum von vornherein illusionär?

Viele denken heute, nach dem Fall der Mauer sei der Zug direkt in Richtung Einheit gefahren. So war es ja nicht. Es gab basisdemokratische Reformbestrebungen, es war nicht von vornherein klar, dass es zur Vereinigung kommen würde. Das wurde erst durch die Parteien und Wirtschaftsinteressen aus der alten Bundesrepublik kanalisiert. Der Medienkontrollrat wurde mit der deutschen Einheit begraben. Daher konnte die Noch-DDR in den Verhandlungen zur „Medieneinheit“ kaum eigenständige Vorstellungen beitragen.

Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand der ostdeutschen Medienlandschaft?

Der ist traurig. Derzeit stecken wir allerdings ganz allgemein in einer „Medienkrise“, die ist nicht nur digitaler, sondern struktureller Natur. Auf den Osten bezogen heißt das, es gibt beispielweise keine oder kaum ostdeutsche Stimmen in den Medien. Über Ostdeutsche wird gesprochen, sie sprechen selten selbst, es sei denn sie bedienen bereits bekannte Stereotypen. In einer Studie im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) aus dem Jahr 2017 wird die Frage nach der Qualität der Berichterstattung über Ostdeutschland gestellt. Ergebnis: Es überwiegt Negativberichterstattung. Das hat lange Tradition. Es gibt mehrere Studien, die belegen, dass in der BRD über die DDR vor allem negativ berichtet wurde. Politische Unterdrückung und Mangelgesellschaft standen im Vordergrund, nicht die Menschen. Das wirkt sich bis heute aus mit schwerwiegenden Folgen. Wie soll jemand in Bayern ein Gefühl dafür bekommen, wie vielschichtig die Menschen im Osten ticken?

„Lügenpresse in die Fresse!“ Solche Rufe ertönen vor allem bei Demonstrationen im Osten Deutschlands. Könnte es sein, dass diese medienfeindliche Haltung auch eine Spätfolge der in der Wendezeit erlebten Desillusionierung ist?

Wenn jetzt diese Parolen von der „Lügenpresse“ ertönen, heißt es oft, sie seien Folge der DDR-Erfahrung. Menschen im Osten hätten kein Demokratieverständnis. Ich denke, es ist tatsächlich eher eine Folge der Desillusion der Wendezeit. Man erlebte eine strukturelle Ausgrenzung, in der die eigene Stimme nicht zählte. Die Bürgerzeitungen, die sich damals formiert hatten, gingen den Bach runter. Die diskutierten Ideen über alternative Finanzierungskonzepte, von einer auch auf innerer Pressefreiheit beruhenden unabhängigen Presse. All die zahlreichen Initiativen für demokratische Reformen wurden abgewürgt. Und zugunsten politischer Interessen der alten Bundesregierung und Wirtschaftsinteressen der Großverlage beerdigt. Das wirkt bis heute nach.

Es fragte: Günter Herkel <<

Linke Blätter in der Nische

Immer wieder im Krisenmodus und der Blick auf junge Leser*innen

Zeitungen mit ostdeutscher Geschichte sind den Krisenmodus gewohnt. In der DDR millionenfach gedruckt, verloren das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* nach der Wende massiv an Auflage und kämpfen bis heute ums Überleben. Wie ernst ist die Lage? Und kann man mit linker Ideologie überhaupt noch neue Leser*innen gewinnen?

Der Chefredakteur des *Neuen Deutschland* ist nicht bekannt dafür, die Situation seiner Zeitung zu beschönigen. „Schon existenziell“, antwortet Wolfgang Hübner auf die Frage, wie schlimm die Lage denn nun sei. Die verkaufte Auflage der „sozialistischen Tageszeitung“ liegt aktuell bei unter 24.000 Exemplaren.

Anfang 1990 hatte das frühere SED-Zentralorgan noch über eine Million Leser*innen. Deren Zahl sank bis zum Ende des Jahres auf etwa 100.000. In der Nachwendezeit stand die Zeitung kurzzeitig unter Verwaltung der Treuhand. Ende 1991 sorgte eine große Spendenaktion für finanzielle Erleichterung, Leser*innen gaben etwa eine Million D-Mark. Schlagzeilen machte die Zeitung zuletzt, als sie Ende 2017 kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Die Linkspartei, die eine der Gesellschafter*innen der Zeitung ist, sprang ein. Inwiefern die Partei weiterhin bereit ist, die kriselnde Zeitung zu unterstützen, ist unklar. Zweiter Gesellschafter neben der Linken ist zu 50 Prozent die Communio Beteiligungsgenossenschaft eG mit Vorstand Matthias Schindler, gleichzeitig *ND*-Geschäftsführer. Immer wieder wird darüber berichtet, dass die Gesellschafter dem *ND* das wertvolle Grundstück am Berliner Ostbahnhof, auf dem das Verlagsgebäude steht, entziehen wollen. Eine Drohung, die ein Redakteur gegenüber dem NDR einmal als „Vertrauensentzug“ bewertete und die das Verhältnis zwischen Verlag und Gesellschaftern belaste.

Über Genossenschaft diskutiert

Man blicke schon etwas neidisch auf *taz* und *Junge Welt*, räumt Hübner ein. Beide Zeitungen haben eine Genossenschaft im Rücken. Auch beim *ND* wird dieses Modell rege diskutiert. „Das wird unsere finanziellen Probleme aber kurzfristig nicht lösen“, sagt Hübner. Er ist seit Ende 2017 *ND*-Chefredakteur. Nur kommissarisch, wie er betont. Er wünscht sich für die Position jemanden, der jünger ist und Erfahrung damit hat, Online-Inhalte zu vermarkten. Online – das ist in diesen Tagen ein wichtiges Stichwort auch beim *ND*. Gerade erst gab es eine große Redaktionskonferenz, bei der es um die Zukunft der Zeitung und eine künftige Online-Strategie ging. Klar sei: Man müsse „massiv sparen“, so Hübner. Da scheint es reizvoll, ganz auf digitale Inhalte umzusatteln – ohne Kosten für Vertrieb und Druckerei.

Die *taz* macht es vor: Dort wird man voraussichtlich ab 2022 den Druck der Tageszeitung einstellen und wochentags nur noch digital erscheinen – so zumindest sieht es das „Szenario 2022“ des früheren *taz*-Geschäftsführers Karl-Heinz Ruch vor. Doch diesen Schritt wird das *ND* aus Rücksicht auf seine Leserschaft, die im Schnitt über 60 Jahre alt ist, wohl nicht so schnell gehen. Immerhin als Arbeitgeber ist das *ND* bei jungen Leuten beliebt, obwohl auch hier Gehälter und Honorare wie bei *taz* und *Junge Welt* weit unter Tarif liegen. Der Altersdurchschnitt der Redaktion liegt laut Hübner bei unter 40 Jahren. Er sieht es als seine Aufgabe an, zu vermitteln: zwischen der jungen Redaktion und jenen Leser*innen, die dem Blatt seit DDR-Zeiten die Treue halten – und entsprechende Inhalte erwarten.

Im vergangenen Jahr gingen zwei Formate an den Start, mit denen der Verlag neue, jüngere Lesergruppen ansprechen möchte: die Wochenendausgabe *nd.DieWoche*, bei der das Wort „sozialistisch“ nicht mehr im Untertitel auftaucht. Und das Online-Magazin *Supernova*, dessen Autor*innen über Clubkultur und offene Beziehungen schreiben und darüber, dass auch überzeugte Linke Lippenstift tragen können.

Mehr Augenmerk auf Qualität

„*Supernova* ist eines der interessantesten linken Medienprojekte“, sagt Jörg Staude, Journalist und Vorstand der Linken Medienakademie, im Gespräch mit *M*. Das Magazin richte sich an eine junge Zielgruppe, „die sich von Ideologie eher abgestoßen fühlt“. Geht es nach Staude, sollte es im linken Journalismus generell „weniger Ideologie“, dafür mehr „journalistische Tugenden“ geben – das forderte er in einem Kommentar, der im *ND* erschienen ist. Für ihn liegt die Krise des *ND* auch darin begründet, dass die Redaktion mehr Wert auf die „richtige Position“ einer

Berlin Alexanderplatz 1973: Jahrzehntelang stand „Neues Deutschland“ an der S-Bahn-Brücke

Foto: SZ Photo / Peter Probst

Autorin oder eines Autors lege als auf die Qualität des Artikels. Ein Problem sei zudem, dass das *ND* als „Nischenprodukt“ keine bundesweite Aufmerksamkeit bekomme, sagt Staude. Anders als etwa die taz, die im Mediensystem akzeptiert sei, gelte das *ND* nicht als seriöse Quelle. Die linke Bewegung habe ihren Anteil an diesem Nischendasein, denn selbst die wolle ihre Themen lieber in den bürgerlichen Medien platzieren. „Ich habe noch keine wirklich große Exklusiv-Geschichte von den Linken im *Neuen Deutschland* gelesen“, so Staude.

In ihrer ganz eigenen Nische scheint die *Junge Welt* sich wohl zu fühlen. Spricht man mit Dietmar Koschmieder, seit 1995 Geschäftsführer der „linken, marxistisch orientierten“ Tageszeitung, scheint zunächst alles in bester Ordnung: Der Altersdurchschnitt der Leser*innen sei vergleichsweise niedrig, die verkaufte Auflage einigermaßen stabil. Einen wichtigen Teil der Einnahmen bestreite die Zeitung mit Online-Abos. Statt Personal abzubauen, habe man neue Mitarbeiter*innen eingestellt.

Doch auch Koschmieders Blatt kämpft ums Überleben. „Die *Junge Welt* in Gefahr!“ schrieb die Zeitung – mal wieder – im vergangenen November. Im Schnitt komme man auf knapp unter 19.000 verkaufte Exemplare. Mindestens 20.000 müssten es sein, um kostendeckend arbeiten zu können, sagt Koschmieder. Das Blatt hat mit einer saftigen Erhöhung der Zustellpreise durch die Deutsche Post zu kämpfen. Auf der *Junge-Welt*-Website wird das Unternehmen scharf dafür kritisiert.

Die *Junge Welt*, 1947 gegründet, war als Zentralorgan der FDJ zeitweise die auflagenstärkste Zeitung der DDR. Wie das *Neue Deutschland* verlor sie nach der Wende Millionen Leser*innen. Das Blatt erlebte mehrere Führungs- und Eigentümerwechsel. 1995 hatte es noch etwa 17.500 Abonnent*innen. Die damaligen Eigentümer stellten im Frühjahr 1995 den Betrieb der Zeitung ein. Daraufhin gründeten Mitarbeiter*innen den Verlag 8. Mai GmbH und die Genossenschaft LPG Junge Welt – nach dem Vorbild der *taz*. 2016 startete die LPG ein Sanierungsprogramm, nachdem sich Schulden von fast einer Million Euro angesammelt hatten. Sie verzeichnet derzeit rund 2.200 Genoss*innen.

Den Grund für den Niedergang der *Jungen Welt* in den 90er Jahren sieht Koschmieder auch darin, dass die Zeitung keine klare Kante mehr gezeigt habe. „Sehr sozialdemokratisch, sehr brav“ sei sie gewesen. Das sei heute anders: Man habe eine „marxistischen Grundposition, die von der Existenz von Klassen ausgeht“ und davon, „dass alles, was geschieht, irgendjemandem nützt und irgendjemandem schadet“. – Marxismus, Klassengesellschaft: Was wohl insbesondere für jüngere Ohren nach längst vergangenen Zeiten klingt, ist für Koschmieder ein Alleinstellungsmerkmal auf dem deutschen Zeitungsmarkt, mit dem man neue Leser*innen jeden Alters gewinnen kann. „Wir müssen Leute finden, die das Produkt lesen, und dann überzeugt das Produkt selber.“ Jörg Staude von der Linken Medienakademie sagt: „Für mich ist die *Junge Welt* keine Zeitung mehr, das ist ein politisches Kampfblatt.“

Foto: Toni Nemes

In der Grafik-Abteilung der Jungen Welt, im Mai 1994, noch in Berlin-Treptow

Politische Kämpfe erlebte die *Junge Welt* auch intern: 1997 kommt es zum Streit, nachdem Koschmieder den Chefredakteur Klaus Behnken abgesetzt hatte. Mitarbeiter*innen besetzten die Redaktionsräume und gründeten kurz darauf eine neue Zeitung: Die *jungle world* versteht sich als undogmatisch links und betont ihre Ablehnung von Antisemitismus, Antizionismus und Antiamerikanismus.

Der Begriff „Nische“ fällt ebenfalls, wenn es um die Geschichte einer anderen linken Zeitung mit ostdeutschem Hintergrund geht: den *Freitag*. Nach der Wende ging das Blatt aus einer Fusion der westdeutschen *Volkszeitung* und dem Ost-Berliner *Sonntag* hervor. Die „Ost-West-Wochenzeitung“ erschien zum ersten Mal am 9. November 1990 mit einer Startauflage von 55.000 Exemplaren. Angekündigt als „linke Wochenzeitung für Politik und Kultur“ war man bemüht, bisherige Leser*innen in Ost und West gleichermaßen zu erreichen, was nicht immer gelang: Bis November 1991 hatte rund die Hälfte der früheren *Sonntag*-Leser*innen den *Freitag* abbestellt. Die verkaufte Auflage lag in diesem Jahr noch bei 25.000.

Das „Meinungsmedium“ Freitag

Die wirtschaftliche Lage des Blattes blieb unsicher. 1996 ging der *Freitag* an eine Eigentümergruppe, der es gelang, von Unterstützern Gelder aufzutreiben, kostendeckend zu arbeiten und den *Freitag* als „Nischenprodukt“ zu etablieren, wie sich Wilhelm Brüggen, Sprecher der damaligen Eigentümergruppe, in einem Artikel erinnert.

2008 übernahm Jakob Augstein den *Freitag*. Die Zeitung bekam eine neue Redaktionsstruktur und ein neues Layout, der bisherige Untertitel wurde durch „Das Meinungsmedium“ ersetzt. Eine Besonderheit des *Freitag* ist die Online-Community, die ein eigenes Ressort auf der Website bildet. Die Zeitung beschreibt sich als „linksliberal“. Auch unter Augstein, der Verleger und Chefredakteur ist, gab es jahrelang wirtschaftliche Schwierigkeiten. Vor zwei Jahren sagte er in einem Interview, dass das Blatt mittlerweile keine Verluste mehr mache. Die verkaufte Auflage liegt aktuell bei knapp 24.000 Exemplaren – eine Steigerung von über 90 Prozent im Vergleich zu 2008. Es kann also auch bergauf gehen. Auf dem Zeitungsmarkt ist das eine außerordentlich gute Nachricht. **Sarah Schaefer <<**

Wie Madsack den Osten eroberte

Zukäufe brachten die Hannoveraner auf Rang fünf der größten Zeitungshäuser

Kaum ein anderes Medienhaus hat von den neuen Zeitungsmärkten in der ehemaligen DDR langfristig so stark profitiert wie die in Hannover ansässige Verlagsgesellschaft Madsack. Im Jahr 2018 belegte die Mediengruppe mit ihren 15 regionalen Tageszeitungen laut Horst Röpers Untersuchung zur Pressekonzentration in Deutschland den fünften Rang unter den zehn auflagenstärksten Verlagsgruppen. Und das vor allem dank des hohen Absatzes von *Leipziger Volkszeitung, Ostsee-Zeitung* und *Märkische Allgemeine*, alle drei ehemalige SED-Parteizeitungen.

Wie für alle anderen Zeitungsverlage in der Bundesrepublik war der Mauerfall auch für Madsack vor allem ein Glücksfall. Der westdeutsche Zeitungsmarkt war weitestgehend konsolidiert, im südlichen Niedersachsen, dem Stammgebiet des 1892 als „Hannoverscher Anzeiger A. Madsack & Co." gegründeten Verlags, war Wachstum kaum noch möglich. Recht schnell steckte das Zeitungshaus deshalb seine Fühler gen Osten aus und betätigte sich damit erstmals außerhalb der niedersächsischen Landesgrenzen. Gemeinsam mit DuMont/Schauberg betrieb Madsack in Erfurt, Gera, Leipzig und Magdeburg das Boulevard-Blatt *Neue Presse Express*, eine Neugründung, zusammengeführt aus Ablegern der Hannoveraner *Neuen Presse* und des *Kölner Express*. 1992 zog sich Madsack jedoch aus der Unternehmung zurück und auch die deutlich abgespeckte *Express*-Folgeversion, die dann unter dem Titel *Mitteldeutscher Express* firmierte, machte 1995 dicht. Ebenfalls 1992 schlossen die Niedersachsen die nach dem Mauerfall neu gegründete *Magdeburger Allgemeine Zeitung*.

Das Tor nach Osten öffnet sich

Wesentlich erfolgreicher als mit Neugründungen konnte sich Madsack dagegen auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt mit Zukäufen bereits bestehender Titel etablieren. Als die Treuhandanstalt im Frühjahr 1991 die DDR-Regionalzeitungen – die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen – zum Verkauf anbot, sicherte man sich einen 50 Prozent-Anteil an der *„Leipziger Volkszeitung"* (*LVZ*), die mit einer Auflage von 379.000 zu den zehn auflagenstärksten Tageszeitungen im wiedervereinigten Deutschland gehörte. Miteigner wurde der Springer-Konzern. Zuvor hatte sich Madsack bei der *LVZ* bereits als Kooperationspartner engagiert, sodass die Übernahme wenig überraschend war. Überhaupt ging es bei der Verteilung der großen Ost-Regionalzeitungen nur wenig überraschend zu. „Im Osten nichts Neues" titelte die M-Vorgänger-Publikation „Kunst und Publizistik" damals zu den Zeitungsverkäufen an die bekannten Großverleger aus dem Westen. Für Madsack war die Aufteilung des ostdeutschen Zeitungsmarkts dagegen der Beginn des Aufstiegs zu einem der führenden deutschen Medienkonzerne. Zunächst blieb der Griff des Hannoveraner Verlags nach Osten aber auf Sachsen beschränkt, wo man sich nach der *LVZ*-Übernahme mit dem Erwerb der *„Dresdner Neuesten Nachrichten"* – vormals *„Sächsische Neueste Nachrichten"* – 1992 (ebenfalls gemeinschaftlich mit Springer) sowie dem Bau eines Druckhauses am Leipziger Stadtrand 1993 jedoch eine mehr als solide Startposition verschafft hatte. Zumal der Verlag bereits frühzeitig auch in Anzeigenblätter und Rundfunksender investierte.

Nachdem Madsack den Sprung in die Riege der zehn größten deutschen Verlagsgruppen vollzogen hatte, konzentrierte man sich in den 90ern durch mehrere Zukäufe vor allem auf die Gebietsarrondierung im Stammland Niedersachsen, wo die Marktposition deutlich verbessert werden konnte. Erhebliche Auflagenverluste erlitt das Medienhaus dafür bei den Ost-Zeitungen, die Auflage der *LVZ* betrug im Jahr 2.000 nur noch 323.000 Exemplare. Die große Zeitungskrise aufgrund einbrechender Werbeeinnahmen ab 2001 dann hat Madsack ohne größere Probleme überstanden und im Gegenteil dank weiterhin hoher Gewinne für die Expansion in den benachbarten hessischen Zeitungsmarkt genutzt.

Schleichende Osterweiterung

Den Blick erneut nach Osten richtete die Mediengruppe erst im Jahr 2009, fast 20 Jahre nach dem erstmaligen Markteintritt. Mal wieder spielten Madsack die äußeren Umstände in die Hände: Um sich auf *Bild* und das Digitale zu konzentrieren, beschloss die Springer AG, sich aus dem Regionalzeitungsmarkt zurückzuziehen und verkaufte ihre Beteiligungen an die Hannoversche Verlagsgruppe. Neben den zweiten 50 Prozent an der *LVZ*, dessen alleinige Eigentümerin

Foto: Paul Glaser

1990 Halle an der Saale. West-Medien-Konzerne drängen in den Ost-deutschen Markt, hier der Express aus Köln. Verkauft wird aus dem Motorrad-Beiwagen.

Madsack nun wurde, zählten dazu etwa auch Anteile an den *Kieler Nachrichten*. Der wohl bedeutendste Teil des Deals war aber die Mehrheitsbeteiligung an den *Lübecker Nachrichten*, die ihrerseits wiederum von Springer ebenfalls 2009 die zweite Hälfte der *Ostsee-Zeitung (OZ)* erworben hatten. Damit wurde Madsack auch Mehrheitseigner der *Rostocker OZ*, die 1991 von der Treuhandanstalt gemeinschaftlich an Springer und die *„Lübecker Nachrichten" (LN)* verkauft worden war. Gemessen an der Auflage avancierte das ehemalige „Zentralorgan" der SED-Bezirksleitung Rostock mit 147.100 Exemplaren im Jahr 2010 zum drittstärksten Titel der Madsack Mediengruppe. Madsack selbst wurde mit einem Schlag auf Rang sechs der größten Zeitungshäuser katapultiert.

Geräuschlos vollzog sich diese Übernahme allerdings nicht – weder für den Konzern noch für die Beschäftigten. Wegen der Bankenkrise gerieten die Hannoveraner in Finanzierungsschwierigkeiten, schafften es aber dennoch, die 310 Millionen Euro für den Deal aufzubringen. Bei einem Jahresumsatz von 500 Millionen Euro im Jahr 2009 keine Peanuts. Dass dafür anderswo gespart werden würde, war schnell klar. So hatte etwa die Geschäftsleitung der neuen Madsack-Töchter *LN* und *OZ* quasi umgehend den mehrjährigen Verzicht auf Jahresleistung und Urlaubsgeld gefordert sowie angekündigt, den Bereich der Anzeigenproduktion tariffrei auszulagern oder fremd zu vergeben. Nur dank mehrerer Warnstreiks und Proteste war es ver.di damals gelungen, einen Beschäftigungssicherungstarifvertrag zu verhandeln, der den Mitarbeiter*innen im Anzeigensatz zunächst die Weiterbeschäftigung garantierte – allerdings bei einer reduzierten Wochenarbeitszeit von 30 Stunden.

Auflagenherr über den Osten

Immer deutlichere Konturen nimmt zu dieser Zeit die hannoversche Konzernstrategie an: „Madsack verfolgt konsequent eine zweigleisige Strategie", analysierte Medienforscher Horst Röper in Media Perspektiven 10/2014. „Mit den Zeitungsverlagen werden Unternehmen übernommen, die in ihren jeweiligen Verbreitungsgebieten lokal führend sind [...] Eine umfassende Marktführerschaft ist das erklärte Ziel. Das zweite strategische Ziel des Konzerns sind Skaleneffekte. Auf allen Ebenen sollen über hohe Mengengerüste Stückkostenvorteile erzielt werden."

Dazu passte der Deal mit Springer. Dazu passt auch der Deal mit der FAZ-Gruppe zwei Jahre später, mit dem sich Madsack endgültig als auflagenstärkstes Medienhaus im Osten etablieren kann. Als die Hessen die 1991 von der Treuhandanstalt erworbene *Märkische Allgemeine (MAZ)* loswerden wollten, um sich auf das Kerngeschäft um die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu konzentrieren, überlegten die Niedersachsen nicht allzu lange und schlugen zu. Mit der ehemaligen SED-Zeitung für den Bezirk Potsdam *Märkische Volksstimme* hatte sich der Konzern ganz nach Madsack-Art die mit 15 Lokalausgaben und 136.000 verkauften Exemplaren größte Zeitung Brandenburgs einverleibt. Das reichte für den Sprung auf Platz fünf im nationalen Ranking der größten Mediengruppen.

Einheit statt Vielfalt

Die MAZ passte hervorragend ins strategische Konzernkalkül von Kostenoptimierung durch Zentralisierung und Vereinheitlichung von Masse – auch im redaktionellen Bereich. Dabei setzt der Konzern wie andere auch auf die Mehrfachverwertung journalistischer Arbeit – natürlich ohne diese auch mehrfach zu vergüten. Bereits seit 2010 belieferte ein Berliner Korrespondenten-Pool mit seinen Berichten unter anderem die *LN*, die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* oder die *LVZ*. Seit 2013 übernimmt das in weitaus größeren, nämlich konzernweiten Dimensionen das Tochterunternehmen RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) mit einem Newsroom in Hannover sowie der Hauptstadtredaktion RND Berlin. Von hier aus werden überregionale Inhalte nicht nur für die konzerneigenen, sondern auch die Tageszeitungen anderer Verlage produziert.

Die Einrichtung des RND gehörte zum ebenfalls 2013 verkündeten Sparprogramm „Madsack 2018", mit dem Konzern-Chef Thomas Düffert insgesamt 44 Millionen Euro einsparen wollte und die schon seit längerem vorangetriebene Konzernstrategie der Zentralisierung in allen Bereich sozusagen institutionalisierte. Dass dabei mit Fragen der Tarifbindung und der Sozialverträglichkeit nicht gerade zimperlich umgegangen wurde, gehört seitdem zum Madsackschen Markenkern. „Die im Konzern bis dahin gepflegte soziale Verantwortung wurde aufgegeben", kommentierte Horst Röper das Sparprogramm, wunderte sich jedoch zugleich, dass „Tarifflucht, Stellenabbau und betriebsbedingte Kündigungen zwar konzernweit zu Diskussionen und Disputen mit den Mitarbeitern, auch zu Demonstrationen und befristeten Streiks an einzelnen Standorten" geführt hätten, „nicht aber zu Arbeitskämpfen im Gesamtkonzern, die man in Anbetracht der Tradition des Konzerns und des Umfangs der Kürzungen erwarten könnte".

Neue Umwälzungen avisiert

War 2018 das Ende des einen, so soll 2019 der Beginn eines neuen Sparprogramms sein, kündigte Unternehmenschef Düffert Anfang dieses Jahres intern an. Grund dafür sei das schlechte Anzeigenjahr 2018. Mit „Madsack next" stehen den Beschäftigten möglicherweise neue gravierende Umwälzungen ins Haus. So habe Düffert angekündigt, hört man aus dem Unternehmen, verstärkt in die Digitalstrategie und den Digital Hub in Hannover sowie weitere Zukäufe investieren zu wollen. Wer das alles bezahlen soll, steht wohl außer Frage. **Monique Hofmann <<**

Foto: transitfoto / Christian v. Polentz

Das ehemalige Verlagsgebäude am Alexanderplatz wurde im Frühjahr 2017 geräumt.

Berliner, wie haste dir verändert

Zusammengespart, aber noch immer eine wichtige Stimme in der Hauptstadt

*1.153 Beschäftigte hatte der Berliner Verlag 1989, im April 1990 wurde er von Maxwell und G+J gekauft. 850 Beschäftigte waren es noch 2002 bei Holtzbrinck und 2006 mit Mecom über 700. 2016 übernahm DuMont und reduzierte auf 470 Mitarbeiter*innen, wovon im Mai 2019 noch 130 für die Tageszeitungsredaktion übrig blieben.*

Foto: Andreas Nowak

Die *Berliner Zeitung*, ihre etwas leichtere Schwester *Berliner Kurier* und die zugehörigen Online-Auftritte werden heute von etwa 130 Menschen gemacht. Die Personalsituation im Berliner Newsroom und bei Berlin24 Digital – beides eigenständige GmbH – ist angespannter denn je. Leistung in der täglichen Zeitungsproduktion wird ungenügend gewürdigt. Für die Beschäftigten im DuMont-Haus in Kreuzberg kommt seit März die Sorge hinzu: Was droht ihnen, wenn der Kölner Traditionsverlag seine Regionalblätter in Kürze komplett abstößt?

Unsichere Perspektive begleitete die Macher der beiden Tageszeitungen in den vergangenen 30 Jahren immer wieder. Als Überlebende mit Ostwurzeln wurden *Berliner Zeitung* und *Berliner Kurier* in den vergangenen 30 Jahren mehrfach veräußert, die Substanz zusammengespart. Unter solchen Voraussetzungen, auf schrumpfendem Printmarkt und umkämpftem Berliner Terrain qualitativ hochwertigen Journalismus zu machen, verlangt fast Unmögliches.

Wer zu spät kommt … Privatisiert und dem rauen Wind des Marktes ausgesetzt wurde der Berliner Verlag, jahrzehntelang zum SED-Medienimperium Zentrag gehörig, im Sommer 1990. Geschätzte 250 Millionen DM sollen dafür an die Treuhand geflossen sein. Immerhin stellte die SED/PDS beim Verkauf Bedingungen, die den Start erleichtern sollten, doch bald von der Realität überholt wurden: Um die Titel des Berliner Verlags zu sichern, wurden ihre Einstellung aus inhaltlichen oder politischen Tendenzgründen ausgeschlossen, Erhaltung und Erweiterung sowie der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zum Ziel gesetzt.

Solche Rücksichten waren sinnvoll, zumal in den 45 Jahren davor kaum von Belang. Die *Berliner Zeitung* galt wegen des besonderen Status von Berlin nie offiziell als Organ der SED-Bezirksleitung, fungierte jedoch als Hauptstadtzeitung der Partei und wies 1990 – überwiegend im Abonnement verkaufte – 407.000 Druckexemplare aus. Das „Boulevardblatt" aus dem Berliner Verlag, die *B.Z. am Abend*, später *Berliner Kurier*, brachte es im Straßenverkauf auf etwa 200.000 Exemplare. Die Tageszeitungsredaktionen arbeiteten im 1973 eingeweihten Verlagsgebäude am Alexanderplatz Tür an Tür mit denen weiterer auflagenstarker Blätter: Die *Neue Berliner Illustrierte* vertrieb DDR-weit 360.000 Hefte, ebenso viele Exemplare wurden für die *Wochenpost* gedruckt, die Frauenzeitschrift *Für Dich* lieferte wöchentlich 513.000 Exemplare aus; die einzige Fernsehzeitschrift der DDR *FF dabei* hatte eine 1,2-Millionen-Auflage. Insgesamt 1.153 Beschäftigte produzier-

ten bis 1989 im größten Pressehaus der DDR und der zugehörigen Druckerei neun Titel. Ihre Auflagen waren stabil, allenfalls durch Papierkontingente begrenzt.

Berlin bleibt doch Berlin. Mit dem Flaggschiff *Berliner* besaß der Verlag zudem die älteste Tageszeitung Nachkriegsdeutschlands. Am 21. Mai 1945 war die erste vierseitige Nummer als „Organ des Kommandos der Roten Armee“ erschienen. Ab August 1945 firmierte sie als „Amtliches Organ des Magistrats von Berlin“. Eine antifaschistische, bald sozialistische Linie durchzog das Blatt von Beginn an und über die Gründung der DDR hinweg. 1953 wurde die *Berliner Zeitung* direkt dem Zentralkomitee der SED unterstellt, agierte aber selbst in Hochzeiten des Kalten Krieges etwas offener und kritischer als die 14 SED-Bezirkszeitungen. Das blieb bis 1989 so.

Nachdem staatliche Subventionen zum 1. April 1990 weggefallen waren, übernahm im Sommer ein Joint Venture aus der britischen Maxwell Communications und Gruner+Jahr mit dem gesamten Berliner Verlag auch die *Berliner Zeitung* und die 1949 gegründete *B.Z. am Abend*. Einerseits herrschte Goldgräberstimmung, andererseits begann marktgerechte „Sanierung“, was für die meisten Titel des Verlages das kalkulierte Aus bedeutete. G+J, der bald allein das Sagen hatte, versprach sich lediglich von den Tageszeitungen Gewinne. Herausgeber Erich Böhme wollte das Aboblatt vom Alex zur deutschen *Washington Post*, zum Paradepferd der Berliner Tagespresse machen. Für den Umbau stand eine durch Westimporte aufgewertete ehrgeizige Redaktion mit selbstgewähltem Chefredakteur bereit. Der Auflagenrückgang hielt sich zunächst in Grenzen, doch mit der Konkurrenz – Holtzbrinck und Platzhirsch Axel Springer – geriet man bald in einen hauptstädtischen Tageszeitungskrieg, der bis heute keinen Gewinner kennt. Im Herbst 1997 sollte ein millionenschwerer Relaunch der *Berliner* endlich überregionales Format verleihen. Doch als Auflage und Anzeigenumsätze weiter bröckelten, senkte der Vorstand Thomas Middelhoff den Daumen und Gruner+Jahr

Proteste 2005 in der Verkaufsphase Gruner+Jahr / Holtzbrinck

Fotos (2): transitfoto / Christian v. Polentz

Andere Aufschrift, gleiches Bild: Proteste 2008 unter Mecom

überließ Holtzbrinck das Feld. Zuvor hatte es „quer durch das Haus“ Personalabbau „aufgrund der sich drastisch verschlechternden Wirtschaftskonjunktur“ gegeben, die neugegründete BerlinOnline-Gesellschaft war ebenso betroffen wie die *Kurier*-Redaktion, wo die Einführung eines neuen Redaktionssystems für Entlassungen verantwortlich gemacht wurde.

Insgesamt 850 Beschäftigte sollten zum 1. Juli 2002 einen neuen Arbeitgeber bekommen, Holtzbrinck wollte den Berliner Verlag mit *Berliner Zeitung, Berliner Kurier,* Stadtmagazin *TIP,* Anzeigenzeitung *Berliner Abendblatt* sowie „Berliner Zeitungsdruckerei“ komplett übernehmen. Nur *TIP* und Druckhaus sollen damals schwarze Zahlen geschrieben haben. Der geschätzte 160-Millionen-Euro-Deal rief jedoch umgehend die Kartellwächter auf den Plan und mündete in eine dreijährige Hängepartie. An deren Ende, im Oktober 2005, schlug die Georg-von-Holtzbrinck-Gruppe den Berliner Verlag wieder los. Ein britisch-amerikanisches Konsortium erhielt den Zuschlag.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren? Gegen die branchenfremde „Heuschrecke“ Mecom von David Montgomery, der eine Rendite von 15 bis 20 Prozent erwartete, formierte sich schnell Widerstand. Die *Berliner Zeitung* gab sich ein Redaktionsstatut, das zum 1. September 2006 in Kraft trat und journalistische Unabhängigkeit und Qualität sichern sollte. Der gewählte Redaktionsausschuss verlangte Mitsprache selbst in Etatfragen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen erstritten die Gewerkschaften neue Tarifverträge für die über 700 Beschäftigten des Berliner Verlages. Ein gemeinsamer gewerkschaftlicher Aktionsausschuss „Wir für Euch – Ihr für uns“ hatte als Konzerntarifkommission agiert. Betriebsbedingte Kündigungen konnten zwar nicht vollständig ausgeschlossen, aber weitgehende Informations- und Beratungsrechte auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten gesichert werden. Vier Betriebsräte und der Konzernbetriebsrat engagierten sich. „Ohne die Kritik am Berliner Investment relativieren zu wollen“ machte der damalige ver.di-Verhandlungsführer Martin Dieckmann die Hauptgefahren für Qualitätsjournalismus eher bei „ganz gewöhnlichen“ Verlegern und „die Publizistik substanziell gefährdenden Unternehmensstrategien“ aus.

Tatsächlich endete die Mecom-Ära mit schwarzen Zahlen. Und Anfang 2009 bekam man es am Alexanderplatz wieder mit „echten“ Verlegern zu tun. Das Kölner Traditionshaus M. DuMont Schauberg, das bereits 2004 Interesse bekundet hatte, kaufte den Berliner Verlag für 152 Millionen Euro. „Wir gehen nie wieder fort. Wir sind keine Spekulanten“, wird Alfred Neven DuMont zitiert. Bis Jahresende 2015 überließ man dem Heinen-Verlag 35 Prozent des Geschäfts, danach übernahm DuMont alles, Digitalisierung und Umstrukturierung galten als Geschäftsstrategie.

Während die „digitale Transformation“ und entsprechende Investitionen eher schleppend vorangingen, wurde eine Zergliederung des Berliner Verlags in kleinste selbständige Einheiten zügig vorangetrieben. Der Boulevardtitel wurde Anfang 2015 im Zuge einer „Perspektive Wachstum“ selbst als GmbH ausgegründet. 2016 gruppierten sich 13 Tochterunternehmen rund um *Berliner Zeitung* und *Berliner Kurier*. Die Töchter waren in der Regel tariflos, Betriebsräte mussten neu gewählt werden, eine unternehmenseinheitliche Interessenvertretung lehnte DuMont ab. Kooperation wurde anders geprobt: 2010 gründete man mit *Frankfurter Rundschau, Kölner Stadt-Anzeiger* und *Mitteldeutscher Zeitung* die DuMont Redaktionsgemeinschaft, die überregionale Inhalte für alle liefern sollte. Dass die Journalist*innen der *Berliner Zeitung* versuchten, gegen die „Auslagerung von Kernressorts“ ihr Redaktionsstatut ins Feld zu führen, half letztlich nichts.

Etwas Besseres als den Tod finden wir überall. Nach einer großen Entlassungswelle 2012/13 hatte der Berliner Verlag im Oktober 2016 noch 470 Beschäftigte, in den Redaktionen von *Berliner Zeitung* und *Kurier* zusammen rund 160. Ein brachialer „Neustart in der Hauptstadt“ sollte aus den roten Zahlen führen. „Projekt Kahlschlag“ nannte das Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Ein solches Szenario habe es nicht einmal unter der Mecom gegeben. Tatsächlich wurden das Verlagshaus am Alex aufgegeben, Service- und Verlagsabteilungen abgewickelt oder im Konzern zentralisiert, die Redaktionen von *Berliner Zeitung* und *Berliner Kurier* geschlossen und aus dem Berliner Verlag entfernt. Stattdessen sollten die der DuMont-Holding direkt unterstellte Berlin24 Digital GmbH und eine neugegründete Berliner Newsroom GmbH die Inhalte für die mit weniger Stellen bestückten Blätter produzieren.

Acht Betriebsräte am Berliner DuMont-Standort bestanden in einer gemeinsamen Erklärung auf „Unternehmensgrundsätzen, die der Konzern missachtet“ und verurteilten „juristische Winkelzüge“, den „offensichtlichen Betriebsübergang“ zu umschiffen. Aufhalten konnten sie nichts. Es endeten auch 25 Jahre Absicherung durch Haustarifverträge. Für 90 gekündigte Redaktions- und Verlagsbeschäftigte hatten die Gewerkschaften zumindest Sozialvereinbarungen mit guten Bedingungen ausgehandelt. Nur ausgewählte Redakteur*innen durften gemäß dem Personalsparkonzept am neuen Standort antreten. Sie und etliche neu Eingestellte produzieren seit November 2016 die Inhalte für *Kurier* (aktuelle Druckauflage reichlich 90.000 Exemplare) und *Berliner Zeitung* (rd. 115.000) sowie das Onlineangebot. Überregionale Berichterstattung kommt seit Oktober 2018 aus dem von Madsack gegründeten RedaktionsNetzwerk Deutschland, an dem sich DuMont zu einem Viertel beteiligt.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt? Diese Devise zu folgen, wird Berliner DuMont-Redakteur*innen im erneuten Verkaufsprozess nicht leicht gemacht. Eine Stimmung „zwischen Ohnmacht und Wut, Aufbegehren und Resignation“, beobachtet Jörg Reichel, der für ver.di die 2017 unterbrochenen Haustarifverhandlungen für die Beschäftigten der Newsroom und der Berlin24 digital GmbH führt. Doch haben die Gewerkschaftsmitglieder gerade jetzt ihrer Forderungen konkretisiert: Sie wollen das Tarifergebnis übernommen sehen, das für die Rheinische Redaktionsgemeinschaft, gemeinsame Tochter von DuMont und Heinen-Verlag, im Sommer 2018 in Köln erstritten wurde. Bei einer aktiven Mittagspause im April wurden auch Entgeltangleichungen, Schutz vor Auslagerungen und Kündigung und ein Ende des Stellenabbaus verlangt. „Wir sind runtergespart, weiter geht‘s nicht. Wir brauchen ordentliche Bezahlung und gleiches Geld für gleiche Arbeit. Vor allem brauchen wir Gewissheiten“, sprach Frederik Bombosch, Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrats von Berliner Newsroom und Berlin 24 digital, den Protestierenden aus dem Herzen. Geschäftsführer Brell bekundete Gesprächsbereitschaft, ab Mitte Juni soll mit den Gewerkschaften verhandelt werden. Zugleich hofft man in den Redaktionsräumen auf einen tatkräftigen (neuen) Eigentümer. Der Glaube an die eigenen Fähigkeiten scheint ungebrochen. **Helma Nehrlich <<**

Noch beschäftigt

Am Berliner Standort der DuMont-Verlagsgruppe sind gegenwärtig noch 115 Beschäftigte in lokalen oder konzernweiten Gesellschaften tätig, darunter 50 bei der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und 18 beim Berliner Abendblatt (inkl. Redaktion).

Noch 105 Beschäftigte zählt die Druckerei BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH.

Klar ist bereits, dass 2019 durch Kooperation mit dem Guttenberg-Rechenzentrum (Madsack) zwei Verlagsgesellschaften in Berlin wegfallen, betroffen sind 21 Beschäftigte.

Abschiedsparty Berliner Verlag 2017: Die Reklame auf der Dachterrasse ist schon aus.

Foto: camcop media / Andreas Klug

Foto: Toni Nemes

Protestdemonstration wegen der Abschaltung des Jugendradios DT 64 vom UKW-Netz, Berlin Prenzlauer Berg am 28. Juni 1992

Nachwendewellen

Der steinige Weg vom Deutschen Fernsehfunk zu RBB und MDR

Foto: rbb/DRA/Günther Vent

Geschichte(n) gemacht – jung geblieben: Am 22. November 2019 wird Deutschlands beliebteste Kinderfernsehfigur, das Sandmännchen, 60 Jahre alt.

Überlebende? Das Sandmännchen. Polizeiruf 110 und vielleicht noch Carmen Nebel. Dreißig Jahre nach dem Mauerfall ist nicht viel vom Deutschen Fernsehfunk (DFF) und dem „Rundfunk der DDR“ übriggeblieben. Oder doch? Vor allem zwei Konzepte konkurrierten nach der Auflösung des Staatsfunks auf dessen ehemaligem Sendegebiet. Während im Norden alle Verbindungen zum DDR-Fernsehen gekappt wurden, sendete der „Kessel Buntes“ im Süden fröhlich weiter. Doch der MDR wurde unterschätzt, konnte nicht nur Ostalgie. Er brachte mehr Boulevard und leichte Unterhaltung in die ARD.

„Erhaltet den Deutschen Fernsehfunk, sonst macht das Volk Euch wieder Stunk!“. So lautete eine der Parolen, als die DFF-Mitarbeiter am 28. Juni 1990 auf dem Berliner Alexanderplatz für den Erhalt ihrer Sender und ihre Arbeitsplätze demonstrierten. Es kam anders. „Keiner der Mitarbeiter wurde von den neu gegründeten Anstalten übernommen“, erinnert sich Gerd Nies, damals stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Medien. Dabei fühlten sich die meisten Mitarbeiter*innen für das SED-Regime zu Unrecht bestraft. Vor allem der große Bereich Technik und Verwaltung sah sich für die politische Ausrichtung der Sender nicht verantwortlich. Alle Mitarbeiter*innen konnten sich nach ihrer Entlassung jedoch neu bewerben und ein Teil von ihnen erhielt einen „neuen“ Job. 13.000 Mitarbeiter*innen waren betroffen. DFF 1, DFF 2, Radio DDR 1, DDR 2, „Stimme der DDR“ und „Radio Berlin international“ wurden Stück für Stück geschleift. Einzig der „Berliner Rundfunk“ wurde privatisiert.

Dabei war noch in der ersten Jahreshälfte 1990, nur wenige Monate vor der ersten Abschaltungswelle, völlig offen, welche neuen Anbieter DDR-Radio und Fernsehen folgen würden. „Damals gab es die unterschiedlichsten Vorstellungen, wie man den Osten rundfunkpolitisch aufgliedern sollte“, erinnerte sich Udo Reiter, 1991 Gründungsintendant des MDR, in einem seiner letzten Interviews. „Hessen und Thüringen sollten zusammen gehen, es gab die Idee der „Nora“, als Nord-Anstalt mit Berlin und die Idee eines Gesamtostdeutschen Senders“.

Abwicklung nicht verhindert

Ein „linker“ dritter gesamtdeutscher Sender neben ARD und ZDF, ein Albtraum für das damalige Bonn. Das galt es politisch zu verhindern. Damit beauftragt war „der Abwickler“, Rudolf Mühlfenzl, offiziell Rundfunkbeauftragter der neuen Bundesländer. „Wir hatten versucht, Einfluss darauf zu nehmen, dass Rundfunk und Fernsehen der DDR nicht vollständig abgewickelt werden“, so Gerd Nies. Zwar sei man mit einer Eingliederung in die Strukturen der ARD grundsätzlich einverstanden gewesen, nicht aber mit einem völligen Neuaufbau.

Die Neuaufgebauten, das waren fortan der „Mitteldeutsche Rundfunk“ (MDR) in Leipzig und der „Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg“ (ORB) in Potsdam. Der Norden der Ex-DDR, inzwischen Mecklenburg-Vorpommern, fiel an den „Norddeutschen Rundfunk“ (NDR), Ost-Berlin an den „Sender Freies Berlin“ (SFB). Kurt Biedenkopf, CDU-Westexport und Ministerpräsident des neugegründeten Freistaates Sachsen

soll es gewesen sein, der sich mit seinem Wunsch nach einem starken Programm der drei Südost-Länder durchgesetzt haben soll. Zur Vollständigkeit: Nur so konnte Biedenkopf die Ansiedlung einer neuen großen TV- und Radioanstalt nach Sachsen (Leipzig) holen, was bei einer Beteiligung der Region Berlin nicht möglich gewesen wäre. Potsdam bekam mit dem ORB seinen eigenen kleinen Landesfunk, der Sender richtete sich auf dem ehemaligen DEFA-Gelände in Potsdam-Babelsberg ein.

Kooperationen zwischen ORB und MDR gab es in der Aufbauphase auffällig wenige. Gemeinsame Hörfunkprogramme machte der ORB lieber mit SFB und NDR, auch die Übernahme des Berliner DDR-Fernsehballetts überließ der ORB dem MDR. Der Grund, so erinnerte sich Udo Reiter, waren zwei völlig unterschiedliche Programmkonzepte. „Ich war damals der Auffassung, dass die Leute hier im Osten genug Neuerungen verkraften mussten. Darum habe ich nicht eingesehen,

Potsdam-Babelsberg: Moderator Ansa im Studio von Radio „Fritz“ des ORB/SFB am 6. November 1996

Foto: Toni Nemes

warum wir auf einzelne, lieb gewordene Produktionen im Osten verzichten sollten“, so Reiter. Beim ORB sei das Konzept völlig anders gewesen. „Dort wollte man mit dem Vorgänger DFF überhaupt nichts mehr zu tun haben, man entschied sich für ein Tabula rasa“. Und schiebt hinterher: „Das ist natürlich ein Konzept, aber den Menschen dort ist damit Hören und Sehen vergangen, die haben dann lieber den MDR gesehen.“

Tatsächlich konnte der MDR in seinem Sendegebiet die höhere Akzeptanz aufweisen, bestätigt auch der Ex-IG Medien-Mann Nies. Allerdings sei der ORB auch in einer viel schwierigeren Lage gewesen. Als Programm für ein einwohnerschwaches Bundesland hatte man nicht nur weniger Geld, die Zuschauer hatten mit SFB, NDR und MDR auch gleich drei Alternativen im ORB-Sendegebiet.

Auch DT64, das beliebte Jugendradio im Osten, hätte ein Erfolgsprojekt von ORB und MDR werden können. Wurde es aber nicht. Zunächst versuchte sich die DDR-Jugendwelle mit dem neuen Label „Power from the eastside“ ein neues Image zu erkämpfen, ging eine enge Kooperation mit seinem damaligen West-Pendant SDR3 ein. Nach der Deutschen Einheit 1990 wurde das Jugendradio als Programm gemäß Artikel 36 des Einigungsvertrages (Rundfunküberleitungsgesetz) zunächst weitergeführt. Das Programm hätte demnach aber bis Ende 1991 in eine öffentlich-rechtliche Einrichtung überführt oder abgewickelt werden müssen. Im Frühjahr 1991 zeichnete sich das Ende des Senders ab, was vor allem im Süden der neuen Bundesländer zu Protesten führte. Am 16. November 1991 gingen allein in Dresden 10.000 Demonstrant*innen für den Erhalt „ihres Senders“ auf die Straße. Auch im Bonner Bundestag wurde im Dezember 1991 über den Erhalt von DT64 beraten – erfolglos. Der MDR sprang ein, machte DT64 zu MDR Sputnik, sehr zum Ärger der neuen Privaten in Mitteldeutschland.

Als sich Ende der 90er Jahre ARD-intern die Entscheidung abzeichnete, einen Kinderkanal gemeinsam mit dem ZDF ins Leben zu rufen, stand schnell fest, diesen im Osten anzusiedeln, um Strukturnachteile auszugleichen. Erneut schlugen die Wogen zwischen Potsdam und Leipzig hoch. „Entweder der ORB bekommt den „KIKA“ oder der MDR kauft ihn“, soll ORB-Intendant Hansjürgen Rosenbauer gesagt haben. Das Ende vom Lied: Er ging an den MDR. Berlin/Potsdam sei als Medienstandort schon besser dran gewesen, als der Süden der ehemaligen DDR, so der damalige MDR-Intendant Reiter. „Daher war es eine kluge Entscheidung, diesen nach Erfurt zu geben.“ Auch sonst saß der ORB zumeist am kürzeren Hebel. Die überschaubaren Mittel machten es den Potsdamern schwer, die Produktion eines Fernsehsenders und mehrerer Radiokanäle dauerhaft zu finanzieren. Radio blieb lange das Sorgenkind, ständige Programmwechsel sorgten für Hörerirritationen. Statt DT64 sendete der ORB ein „Rockradio B“, das später durch „Fritz“ ersetzt wurde. Mit seinem „Radio B Zwei“, einer Kooperation mit dem SFB, war der ORB wenig erfolgreich. Anstelle dessen folgte „Radioeins“, ebenfalls zusammen mit dem SFB, wofür der ORB wiederum sein „Radio Brandenburg“ opfern musste. „Radio3“, ein Kulturprogramm zusammen mit dem NDR, mussten die Potsdamer 2002 beerdigen. Schnell wurde deutlich, dass es ohne dauerhafte Partnerschaft nicht weiter gehen würde. Auch nicht für den SFB.

Fusion von ORB und SFB

Am 1. Mai 2003 ging der neue „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ (RBB) auf Sendung. „Ich glaube, die Fusion von ORB und SFB war notwendig. Auch ein Berliner Inselsender wäre nicht länger möglich und nötig gewesen“, sagt Nies. Bei der Fusion trafen dann „zwei Mannschaften aufeinander, die nicht immer miteinander konnten“. Es folgte ein jahrelanger Prozess der

Angleichung der ORB-Gehälter an das SFB-Niveau, in dem SFB-Mitarbeiter*innen häufig Einbußen, vor allem im Vergleich zu anderen ARD-Anstalten, hinnehmen mussten. Es galt zudem, den Anschluss an die ARD zu schaffen. Kein Abschluss wurde den Beschäftigten geschenkt. Alle Tarifverhandlungen wurden von Protesten und Streikaktionen begleitet. Erst mit dem Tarifabschluss im Februar 2010 konnte M (01-02) vermelden, dass die Gehälter der festangestellten Beschäftigten dem durchschnittlichen ARD-Niveau angeglichen wurden. Aber erst im Mai dieses Jahres konnten nach 14 Jahren Verhandlung für die Freien im Programm des RBB „endlich einheitliche und faire Honorare vereinbart werden“. Sie sollen jedoch, so der Arbeitgeber RBB, nur schrittweise angehoben werden – Zeitraum unbestimmt. Aber damit sich das nicht „bis zum Sankt-Nimmerleinstag hinzieht, müssen wir weiter Druck machen“, zeigt sich das Verhandlungsteam kämpferisch.

Auch das Verhältnis der neuen Ost-Anstalten zu den ARD-Partnern galt lange Zeit als problematisch, so Udo Reiter. Ost hatte keinen guten Ruf. Gerade wenn es um Korrespondentenplätze, aber auch um Sendeplätze oder ums Geld ging. „In den Sonntagsreden wurden wir ja sehr begrüßt. Alle haben sich gefreut, dass es die ARD auch im Osten gibt. Wenn es aber ans Eingemachte ging, sah das schnell anders aus.“ Ein Grund der Skepsis war u.a. auch das „besondere“ Programm des MDR. Schlagersendungen, Volksmusik, einfache Unterhaltung à la „Alles Gute!“. Alles, wovon sich die ARD in den Jahren zuvor trotz guter Quoten aus Imagegründen mühsam getrennt hatte, der MDR legte es neu auf und setzte eine gehörige Portion Heimattümelei obendrauf – und kam damit gut an, zumindest im eigenen Sendgebiet. „Außerhalb wurde der MDR aber immer belächelt, die Qualität des MDR galt als etwas fragwürdig“, erinnert sich Nies. *Der Spiegel* warf dem MDR vor, für das Bild des minderbemittelten Ossis im Westen mitverantwortlich zu sein.

Doch der MDR beeinflusste mit seiner Interpretation des Programmauftrags letztlich auch die ARD. So wurde Boxen von Reiter ARD-tauglich gemacht. Die Sportart galt lange als verpönt im Öffentlich-Rechtlichen als „Hinterhofprügelei“. Doch da die Quoten stimmten, gaben die anderen ARD-Sender ihren Widerstand auf. Mehr noch. Der MDR hat die ARD nachhaltig boulevardisiert, brachte mit „Brisant“ aus Leipzig das erste Boulevardmagazin in die ARD, und auch das erfolgreich. „Visitenkarte der Unterhaltung“ nannte Reiter seine Rolle im Ersten. „In aller Freundschaft“, „Tierärztin Dr. Mertens“ oder „Um Himmels Willen“ sind die Sterne, die der MDR an den großen Himmel der ARD heften konnte.

Der RBB konnte in dieser Liga nie mitspielen. Auch die neu geschaffene Gemeinschaftsanstalt konnte die Defizite von SFB und ORB nicht ausbügeln. Den Vorwurf, dass der RBB als Anstalt gescheitert sei, wies Intendantin Dagmar Reim stets weit von ich. Doch das Programmsterben ging weiter. „Radio multikulti“ musste aus Kostengründen ebenso verschwinden wie „Polylux“, das RBB-Aushängeschild im Ersten. Unter der neuen Führung von Patricia Schlesinger scheint sich das Blatt zugunsten des RBB aktuell zu wenden mit neuen Infomagazinen und neuen Unterhaltungsformaten. Auch traut man dem RBB innerhalb der ARD inzwischen mehr zu. Im letzten Jahr übernahmen die Berliner das renommierte „ARD-Mittagsmagazin“ vom Bayrischen Rundfunk.

Zur Vier-Länder-Anstalt NDR

Im Norden ging Mecklenburg-Vorpommern ganz im NDR, inzwischen Vier-Länder-Anstalt, auf. Von einer „Übernahme“ sprechen die einen, von der einzig gelungenen Integration zwischen Ost und West die anderen. Radio und Fernsehen des NDR belegen jedenfalls eine stabile Akzeptanz der Programme auch im Nordosten.

Foto: Toni Nemes

Potsdam-Babelsberg: Mitarbeiterin in der Senderegie des ORB-Fernsehens am 15. Oktober 1996

Dreißig Jahre nach dem Mauerfall sehen sich die Öffentlich-Rechtlichen im Osten neuer Kritik ausgesetzt. Einer nicht unerheblichen Minderheit von AfD-Anhängern missfällt Berichterstattung und Gebührenmodell. Die Mehrheit vertraut aber auch im Osten „ihren“ ARD-Angeboten, wie Studien, vor allem aber Zuschauer- und Hörerzahlen belegen. Und, die Anstalten haben Identitäten geschaffen. Der NDR hatte es damit nicht schwer, die Mecklenburger in „Das Beste am Norden“ zu integrieren. Der RBB sucht zwar noch nach seiner Identität zwischen frechem Hauptstadtprogramm und brandenburgischem Lokalfernsehen, hat aber Berliner und Brandenburger erheblich einander nähergebracht. Und ein mitteldeutsches Gemeinschaftsbewusstsein hätte es ohne den MDR und „Mr. Mitteldeutschland“ Udo Reiter kaum gegeben.

Danilo Höpfner <<

Christoph Schmitz, designierter Leiter des künftigen Fachbereichs A in ver.di (links) und Frank Werneke, Stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Bundesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie auf der Konferenz am 4. und 5. Mai 2019

Voneinander lernen und gemeinsam Stärke erfahren

Gespräch mit Christoph Schmitz, designierter Leiter des künftigen Fachbereichs A in ver.di

Die Delegierten des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie haben dich Anfang Mai als Leiter des künftigen Fachbereichs A nominiert. Sie folgten damit den Entscheidungen der drei Fachbereiche Finanzdienstleistungen, Ver- und Entsorgung sowie Telekommunikation, Informationstechnologie und Datenverarbeitung. Glückwunsch dazu! Auf dem Gewerkschaftstag im September wirst du dann gewählt – wenn der Kongress dem Votum der vier, die im A zusammengehen wollen, folgt.
Es sind augenscheinlich sehr unterschiedliche Branchen, die hier künftig in ver.di zusammengeführt werden sollen. Bei genauerer Betrachtung gibt es Gemeinsames. Was eint sie?
Wir erleben derzeit, dass Branchengrenzen verschwimmen und Geschäftsfelder übergreifend ausgeweitet werden. Zum Beispiel wird die Deutsche Telekom mit Magenta TV zum Fernsehanbieter und damit zur Konkurrenz für öffentlich-rechtliche und private Medienangebote. Aber sie kooperiert bei Fernsehserien auch mit öffentlich-rechtlichen Sendern, finanziert und produziert sie gemeinsam.

Wenn Energiekonzerne heute Stromleitungen verlegen, dann verlegen sie durchweg auch Glasfaserkabel. Sie werden zu Netzgesellschaften und zu eigenständigen Telekommunikationsanbietern. Damit sind sie Konkurrenten von Telekom, Vodafone oder Telefonica. Darüber hinaus haben wir zusätzliche neue Konkurrenten – Plattformunternehmen, die keine Verantwortung übernehmen für die eigenen Beschäftigten und für die Produkte oder die Dienstleistungen, die sie vertreiben. Ihnen ist völlig egal, ob sie Handy-, Gas- oder Stromtarife, Kredite oder Versicherungen verkaufen. Und wir erleben zunehmend Überschneidungen: Manche dieser Plattformen sind eben auch bei Medienunternehmen angesiedelt. Springer zum

Beispiel macht 70 Prozent seiner Gewinne über seine Plattformangebote. All das zeigt, es lohnt sich, diese Entwicklungen der Unternehmen und die Veränderungen von Arbeitsformen gemeinsam anzugehen.

Die Branchen des neuen Fachbereiches A „sind in besonderem Maße von technologischen Umbrüchen und der Digitalisierung beeinflusst", stellt das Positionspapier des ver.di-Bundesvorstands zu den Strukturveränderungen heraus. Wie siehst du das, wo sind die Knackpunkte?

Es ist in der Tat so, dass alle vier unter ganz erheblichem Digitalisierungsdruck stehen, wobei sie unterschiedliche Erfahrungen damit haben und auch einen unterschiedlichen Stand. Der Medienbereich hat seit mehr als vier Jahrzehnten mit der Digitalisierung zu tun. Das beschleunigt sich jetzt noch einmal, vor allem zu Lasten von Print, aber auch mit der Herausforderung, die Qualität für Kund*innen bezahlbar zu machen, was sich auch in Entgelten und besseren Arbeitsbedingungen abbilden kann.

Der Telekommunikationsbereich hat mehrere Stufen von Digitalisierung hinter sich. Er ist später eingestiegen, aber relativ weit in der Gestaltung von neuen Arbeitsformen einschließlich der Tarifbedingungen. Einen besonderen Schub, in einem atemberaubenden Tempo, erlebt der Finanzbereich. Hier löst die Digitalisierung derzeit vor allem einen großen Druck auf Arbeitsplätze und die Veränderung von Tätigkeiten aus. In der Ver- und Entsorgung gibt es unterschiedliche Effekte. Energieunternehmen nutzen zum Teil die Möglichkeiten der Digitalisierung, um neue Geschäftsfelder zu erschließen. Aber natürlich werden beim hochkomplexen Energiesystem, aber auch für Abfallwirtschaftsströme oder Analysemethoden in der Wasserwirtschaft zunehmend digitale Instrumente genutzt, um Qualität zu verbessern, Abläufe zu optimieren. Insofern ist das ein übergreifendes Thema, das in unterschiedlicher Schärfe auf alle Branchen in den vier Fachbereichen durchschlägt. Man muss also nicht jedes Mal neu anfangen, um Probleme zu lösen, sondern wir können voneinander lernen.

Was heißt das für die Arbeitsverhältnisse?

Die Digitalisierung wirkt sich auf die Art von Arbeitsverhältnissen aus. Mobiles Arbeiten nimmt zu, technische und Montagedienste werden weniger, Arbeitsplätze fallen weg, neue Anforderungen entstehen. Zunehmend wird Homeoffice angeboten und wir erleben einen verstärkten Zugriff von Unternehmen auf selbstständige Leistungen. Auch da lohnt es sich, gemeinsam drauf zu schauen. Der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie hat lange Erfahrungen mit dem Organisieren von Selbstständigen, bei freien Journalist*innen, Künstler*innen und Schriftsteller*innen. Wie kann ich auch für sie tarifvertragliche Regelungen schaffen, beispielsweise über einen 12a-Tarifvertrag bei Redakteur*innen? Eine gemeinsame Herausforderung ist: Wie können wir und die Betriebs- und Personalräte die Kolleg*innen, die nicht jeden Tag im Betrieb sind, ansprechen und in gewerkschaftliche Aktivitäten einbeziehen? Wir müssen zudem dafür sorgen, dass die Beschäftigten in den unterschiedlichen Arbeitsformen – Festanstellung, Leiharbeit, Werkverträge und Selbstständigkeit – von den Arbeitgebern nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Haben wir heute nicht auch in unseren Bereichen immer mehr selbstständige Arbeit?

Nicht in den klassischen Unternehmen. Wir erleben das vor allem bei den IT-Dienstleistungen, jedoch nicht unbedingt allein bei den IT-Firmen. Alle großen Konzerne haben derzeit IT-Abteilungen und greifen je nach Größe auch auf Selbstständige zurück. Da haben wir im Prinzip eine Zweiklassengesellschaft. Auf der einen Seite hochqualifizierte spezialisierte IT-Kräfte, die im Zweifel nicht auf eine Gewerkschaft warten. Wenn sie mit den Bedingungen nicht zufrieden sind, suchen sie sich einen anderen Job. Auf der anderen Seite gibt es zunehmend eine Art IT-Prekariat, wo Aufträge für kleinere Programmierungen, Datenanalysen, Projektaufträge quasi versteigert werden. Selbst IBM hat schon damit experimentiert. Man kann Angebote einbringen, nur die drei besten werden bezahlt, nur eins davon wird realisiert. Ähnlich wie in der Medienbranche bei Themenangeboten. Ob ich den Zuschlag bekomme, hängt vom Auftraggeber und natürlich von der Konkurrenzsituation ab. Letztlich kann ich den Arbeitsaufwand nur schwer kalkulieren, um am Ende ein entsprechendes Entgelt oder Honorar zu bekommen.

Und die Tarifpolitik – klar prinzipiell dieselben gewerkschaftlichen Ziele! Und doch sind sicher aktuell die Nichtunterzeichnung des Tarifvertrages für Redakteur*innen an Tageszeitungen nach einer langen Auseinandersetzung, die laufende Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des privaten und öffentlichen Bankgewerbes, die Kündigungen bei IBM unter Missachtung tarifvertraglicher Zusagen oder die erfolgreichen Tarif-Streiks beim Energieerzeuger Uniper ganz unterschiedliche Baustellen?

Bei allen Unterschieden in den Inhalten der Tarifpolitik gab es schon bei der ver.di-Gründung die Erwartung, dass Drucker*innen oder Müllwerker*innen gemeinsam mit Verkäufer*innen streiken, Stärke zeigen. Und damit diejenigen, die vermeintlich schwächer ihren Arbeitgebern gegenüberstehen, auch dieses Gefühl von Stärke erfahren und spüren, dass sie nicht allein sind. Das müssen wir organisieren. Das ist das, was Gewerkschaft ausmacht. Aber es wird nicht immer einfach sein und erfordert manchmal vielleicht auch Absprachen, etwa wie man Tariflaufzeiten miteinander synchronisiert, so dass man bei Tarifkämpfen auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen gemeinsam auftreten kann. Spezifische Tariffragen müssen in den Fachgruppen gelöst werden. Aber bestimmte Fragen zur Gestaltung der Digitalisierung, zu Qualifizierung oder Arbeitszeit lassen sich auch übergreifend diskutieren. »

Fotos (2): Murat Türemis

Christoph Schmitz ist seit Oktober 2015 Sekretär des ver.di-Bundesvorstands und Leiter der Grundsatzabteilung. Bekannt dürfte er vielen als Pressesprecher von ver.di in den Jahren 2009 bis 2015 sein.

Foto: Murat Türemis

Die Mitglieder des Bundesfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie (v.l.n.r. je Reihe): Anja Arp, Karin Fischer, Teresa Velten, Brigitte Praetorius; Rainer Lange, Alfred Roth, Ingrid Kröning, Hendrik de Boer; Bruno Zöllner, Lena Falkenhagen, Jan Schulze-Husmann; Matthias Holz; Peter Freitag, Andrea Eisfelder; Gabor Scheinpflug, Matthias Träger; Ralf-Dieter Wolfahrt, Jens Ehrlinger, Bernd Kittendorf.

Damit liegt die Verantwortung auch für die Mitgliedergewinnung, die ja vorrangig in Tarifrunden fruchtet, auch künftig weiter in den Fachgruppen?

Ja natürlich, aber Mitgliedergewinnung ist eben nicht nur eine Frage von Tarifkampf. Für viele Beschäftigte ist Gewerkschaft vor allem in Tarifauseinandersetzungen oder im Konflikt erlebbar. Das ist richtig, das bleibt auch der Kern. Dabei müssen wir noch deutlicher machen, dass gute Tarifergebnisse immer von der Durchsetzungsfähigkeit und damit von der Zahl der Mitglieder und somit der Organisationsmacht abhängen. Aber das wäre mir zu wenig. Es muss uns auch gelingen, die Vorteile von Gewerkschaft außerhalb von Arbeitskämpfen erlebbar zu machen. Das fängt an bei einer systematischen Organisation von Auszubildenden. Da gibt es ein gutes Projekt im Fachbereich Ver- und Entsorgung mit bundesweiter Koordination, verantwortlichen Ansprechpartner*innen in allen Landesbezirken, der Auswahl von Schwerpunktbetrieben und mit ehrenamtlichen Kümmerern, die vor Ort Azubis ansprechen. Das war sehr erfolgreich. Der Plan 2018 war, bis zum Jahresende 4.800 Azubis zu organisieren – diese Zahl wurde übertroffen!

Und wir müssen in der Kommunikation besser werden. Der Fachbereich Finanzdienstleistungen gibt beispielsweise regelmäßige Mitgliederinfos raus, die sich nicht nur um Betriebsratswahlen und Tarifauseinandersetzungen drehen. Da werden Rechtsveränderungen und Regulierungsthemen zusammengefasst und zu entsprechenden Veröffentlichungen verlinkt. Die Mitglieder, die sich nicht jeden Tag bei uns engagieren, müssen mindestens einmal im Quartal angesprochen werden. Sie sollen das Gefühl haben, meine Gewerkschaft ist auch da, wenn keine Tarifrunde ist. Hier gibt es gute Erfahrungen beim Newsletter junge dju oder dem Mitgliederbrief an Medienschaffende, wo Kolleg*innen informiert werden, was in ihrer Gewerkschaft, in ihrer Branche, in ihrem Berufsfeld passiert. Das kann auf lange Sicht der Mitgliederbindung nützen und bietet einen Mehrwert, um Leute anzusprechen. Da sind wir noch steigerungsfähig.

Apropos Mitglieder: Die Jugend ist gefragt. Auf der Bundesjugendkonferenz des FB 8 hast du die jungen Leute aufgefordert, sich in die kollektive Betriebsarbeit einzubringen und „dir auch auf die Füße zu treten“, wenn sie Neues austesten wollen. Müssen da nicht auch alle Fachgruppen an einem Strang ziehen?

Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe! Ich meine das sehr ernst, dass sie mir auf die Füße treten sollen, aber nicht nur mir, sondern auch den Kolleg*innen in den ver.di-Landesbezirken und Bezirken und ihren Betriebs- und Personalräten. Uns fehlt in der Mitgliedschaft eine ganze Generation und viele erfahrene Kolleg*innen werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Gewerkschaft lebt jedoch von Menschen, die mitmachen. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, Azubis und junge Beschäftige für die Gewerkschaft zu gewinnen, sie zu begeistern zum Mitmachen, auch in den Gremien, dann werden wir bald handlungsunfähig sein. Dazu müssen junge Kolleg*innen gezielt und frühzeitig einbezogen werden, in den Interessenvertretungen an Aufgaben herangeführt werden. Das heißt dann vielleicht auch mal, dass jemand seinen Platz frei räumt auf den Listen der Betriebsräte, damit jüngere Leute mitarbeiten können.

Und wir müssen die Interessen, die nicht immer die der Älteren sind, anders aufgreifen. Wir haben in der Vergangenheit oft Besitzstände verteidigt und Verschlechterungen für Neueingestellte zugelassen. Das war nicht immer falsch, weil die Mehrheit der Mitglieder davon profitiert hat. Aber jetzt geht es darum, gute Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für die Jüngeren zu schaffen. Das lässt sich mit Beratungsangeboten ergänzen, durchaus auch für die Karriere. Wer aus der Ausbildung in den Job kommt, möchte eine Perspektive haben. Dabei ist es wichtig, beruflichen Erfolg, gute Arbeits- und Entlohnungsbedingungen auf der einen Seite – Familiengründung, ehrenamtliches Engagement, Zeit für Hobbys auf der anderen, zusammen zu denken. Dafür haben wir die Kompetenz und das Handwerkzeug. Wenn wir es nicht anbieten, wer dann?

Es fragte Karin Wenk <<

Weichen für den künftigen Fachbereich A gestellt

Die Bundeskonferenz des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie wählte einen neuen Fachbereichsvorstand und einen Gründungsvorstand. Letzterer wird in den nächsten vier Jahren gemeinsam mit Vertretern aus den anderen drei Ressorts unter Führung von Christoph Schmitz – nach seiner Wahl – die Strukturen und die inhaltlichen Schwerpunkte für den neuen Fachbereich A schaffen.

Die Delegierten verabschiedeten sich von ihrem bisherigen Fachbereichsleiter Frank Werneke, der auf dem Gewerkschaftskongress im September in Leipzig für den Vorsitz von ver.di kandidiert. Bis dahin ist der stellvertretende ver.di-Vorsitzende natürlich noch „Chef“ von Medien, Kunst und Industrie. Konferenzbericht auf M Online:
mmm.verdi.de/gewerkschaft/kaempferisch-und-verlaesslich-58389

Presse-Versorgung zukunftsfest aufgestellt

Den zwei Partnern – Journalistinnen und Journalisten auf der einen, Verlagen auf der anderen – ist es mit der Presse-Versorgung gelungen, ein einmaliges System der Altersvorsorge zu etablieren, dass nicht nur nach 70 Jahren noch Bestand hat, sondern heute stabiler dasteht als je zuvor. Dazu meine allerherzlichsten Glückwünsche“, so die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, Cornelia Berger, zum Festakt im Berliner „Allianz Forum“ Ende Mai.

Sie verwies auf die gegenwärtige Generation von Journalistinnen und Journalisten, denen schon beim Einstieg ins Berufsleben klar sein müsse, dass ihre gesetzliche Rente eines Tages nicht mehr ausreichen werde und eine zusätzliche Altersversorgung unerlässlich sei. Sie seien selbst verantwortlich, müssten Sorge tragen, einen Teil des Einkommens für die Zukunft auf die Seite zu legen. Aber nicht alle hätten die finanziellen Mittel, so Berger, von einem schmalen Gehalt noch etwas abzuzwacken für einen Zeitpunkt, der erst in 30 oder 40 Jahren eintreten wird. „Deshalb ist es so wichtig, dass wir Verlage in der Tarifbindung halten und auch neue Tarife abschließen, wie es uns zum Beispiel bei Zeit Online gelungen ist. Da haben wir erstmals auch die neuen Berufsbilder im Online-Journalismus tarifiert. Gute Tarifabschlüsse und faire Honorare sind die Bedingung für guten Journalismus und soziale Absicherung im Alter. Wo sonst soll das Geld für die private Altersvorsorge herkommen?“, betonte Berger.

Heinrich Meyer, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Presse-Versorgungswerks, hob hervor: „Ohne Sicherheit im Alter versorgt zu sein, ist der Redakteur nicht in der Lage, seine publizistische Aufgabe zu erfüllen.“ Er sei „überzeugt, dass das Versorgungswerk mit seinen Partnern zukunftsfest aufgestellt ist und seine Spitzenposition in der Medienbranche weiter ausbauen kann.“ Die Zusammenarbeit der Vertreter*innen von Verlegerverbänden und Journalistengewerkschaften in den Gremien sei „sehr kollegial und vertrauensvoll“. Alle Partner „vereine nicht nur die persönliche Wertschätzung, sondern auch das Ziel, stabile Ergebnisse für unsere Versicherten zu erzielen“, sagte Meyer und bedankte sich für die geleistete Arbeit.

Aktuell verwaltet das Versorgungswerk der Presse 156.221 Versicherungsverträge und weist Kapitalanlagen von 6,5 Milliarden Euro aus. Diese Positionen konnten im Vorjahresvergleich nahezu konstant gehalten werden oder sind leicht gewachsen. Besonderheit: Da die Gesellschafter seit jeher auf Dividende verzichten, kommen alle Überschüsse den Versicherten zugute.

Hinsichtlich des Preis-Leistungsverhältnisses belegt das Versorgungswerk der Presse bei den deutschen Versicherern seit Jahren Spitzenränge. Dafür sorgen geringe Verwaltungskosten, hohe Flexibilität und überdurchschnittliche Aktiv- und Passivreserven. Die Gesamtverzinsung betrug trotz anhaltender Niedrigzinsphase 2016 noch 5,1 Prozent und liegt seither etwa bei vier Prozent. Für 2018 ist die Nettoverzinsung mit 3,9 Prozent gegenüber 2017 zwar leicht gesunken, liegt aber weiter beträchtlich über dem Marktniveau. Das Presseversorgungswerk hält damit die „Marktführerschaft in der Altersvorsorge“. **wen <<**

Links

https://www.presse-versorgung.de/

Dossier M Online: https://mmm.verdi.de/tarife-und-honorare/70-jahre-presseversorgung-absicherung-mit-zukunft-58571

Anzeige

HERBERT VON HALEM VERLAG

http://www.halem-verlag.de

Hektor Haarkötter
Journalismus.online.
Das Handbuch zum Online-Journalismus
Praktischer Journalismus, 104
2019, 424 S., 165 Abb., Broschur, 240 x 170 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-7445-1108-7
ISBN (PDF) 978-3-7445-1110-0

Egbert van Wyngaarden
Digitale Formatentwicklung.
Nutzerorientierte Medien für die vernetzte Welt
Praxis Film, 95
2018, 400 S., 130 Abb., 7 Tab., 240 x 170 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-7445-1118-6
ISBN (PDF) 978-3-7445-1951-9

Jakob Vicari
Journalismus der Dinge.
Strategien für den Journalismus 4.0
Praktischer Journalismus, 107
Herbst 2019, ca. 200 S., Broschur, dt.

ISBN (Print) 978-3-7445-1960-1
ISBN (PDF) 978-3-7445-1961-8

Wer steuert wen?

Digitalisierungskongress zu Chancen und Risiken von KI im ver.di-Haus

„Wir wollen gestalten“, steckte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske das Ziel des Digitalisierungskongresses ab, der am 21. und 22. Mai 2019 zum sechsten Mal im Berliner ver.di-Haus und zum zweiten Mal in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung stattfand. Unter dem Titel „Künstliche Intelligenz – Wer steuert wen?“ diskutierten diesmal unter anderem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sowie zahlreiche Expertinnen und Experten aus der „Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz“ der Bundesregierung und der „High Level Expert Group Künstliche Intelligenz“ der EU.

Dabei sei die Frage, wer wen steuere, „keine banale Frage“, eröffnete Annette Mühlberg, Leiterin der Projektgruppe Digitalisierung bei ver.di, den Kongress. Zweifellos werde Künstliche Intelligenz (KI) die Welt verändern, offen sei aber noch, ob zum Besseren oder zum Schlechteren. So habe KI beispielsweise durchaus das Potenzial, humanere Arbeitsbedingungen zu schaffen, „aber wird sie auch im Interesse der Beschäftigen eingesetzt“? Bei der Technologie-Gestaltung gelte es daher, Chancen zu erkennen und Risiken zu vermeiden und den Menschen ins Zentrum zu stellen. Das könne nur durch demokratische Aushandlungsprozesse in der Gesellschaft und im Betrieb gelingen, durch die auch die „Nachvollziehbarkeit und Mitbestimmbarkeit von technologischen Neuerungen“ gewährleistet würden. Welche Rahmenbedingungen und Initiativen es dafür brauche, welche politischen und gewerkschaftlichen Gestaltungsvorhaben, das wolle man auf dem Forum des Digitalisierungskongresses erörtern, kündigte Mühlberg an.

Aufträge an Politik und Gewerkschaften

Die Gewerkschaften hätten dabei den Anspruch, nicht nur gute Arbeit, sondern auch gutes Leben zu ermöglichen, ergänzte Lothar Schröder, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands und Sachverständiger in der „Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz“, die ihre Ergebnisse voraussichtlich im Frühjahr 2020 vorlegen wird. Der zentrale Konflikt, dem man sich dabei stellen müsse, sei jedoch nicht derjenige zwischen Mensch und KI, sondern derjenige zwischen Mensch und Mensch: „Es geht um Interessen, es geht um Macht. Wir aber wollen nicht hinnehmen, dass wirtschaftliche und staatliche Macht uns den Algorithmen ausliefert.“

Klare Anforderungen an Politik und Gewerkschaften für den Umgang mit KI stellten zu Beginn des Digitalisierungskongresses Vertreter*innen unterschiedlicher Branchen. Von ver.di etwa wird nicht nur Unterstützung durch Lobbyarbeit bei der Politik erwartet, sondern auch ganz konkrete Unterstützung der Betriebsräte vor Ort, beispielsweise in Form von Leitfäden und Checklisten, damit die Beschäftigten vom Einsatz Künstlicher Intelligenz in den Unternehmen profitieren können. Durch entsprechende Tarifverträge müsse zudem sichergestellt werden, dass Effizienzgewinne durch KI auch der Belegschaft dienten. Gestärkt werden könnten die Arbeitnehmervertreter*innen in den Betrieben darüber hinaus durch eine bessere Vernetzung untereinander, für die ver.di die Strukturen schaffen müsse.

Von der Politik forderten die Betriebsratsmitglieder dagegen unter anderem die Einigung auf ethische und moralische Grundsätze und deren Fixierung in Gesetzen sowie Möglichkeiten der Mitgestaltung durch die Arbeitnehmervertreter*innen. Außerdem solle es, so der Betriebsrat einer Online-Marketing-Agentur, verbesserte Schulungs- und Freistellungsmöglichkeiten für Betriebsratsmitglieder geben.

Wieder Utopien erdenken

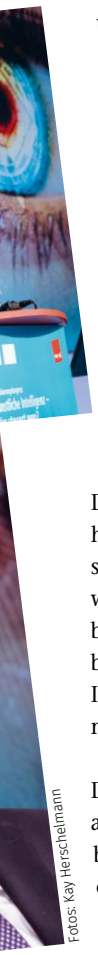
Gestaltungsfelder für die Betriebsräte und die Gewerkschaften formulierten wiederum die beiden Sachverständigen Dr. Aljoscha Burchardt vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) und Lena-Sophie Müller von der Initiative D21. So müsse etwa dafür Sorge getragen werden, dass durch Effizienzsteigerungen freigesetzte Mittel den Beschäftigten zu Gute kämen. Im Vorfeld dazu sei zu definieren, welche entfremdenden oder monotonen Arbeiten man überhaupt an die Maschine delegieren möchte. Als Assistenzsystem könne KI zudem bei der Gestaltung guter Arbeit helfen, etwa in den Bereichen Work-Life-Balance, Weiterbildung oder auch Inklusion. Und warum sollte man nicht wieder Utopien erdenken, ermutigte Burchardt die Kongressteilnehmer*innen, beispielsweise zum Thema Sozialpartnerschaft? „Was bedeutet Sozialpartnerschaft in einer globalisierten, vernetzten, digitalisierten Berufswelt? Wer sind da die Gesprächspartner, die noch etwas miteinander aushandeln können?“

KI könne humanere Arbeitsbedingungen schaffen, „aber wird sie auch im Interesse der Beschäftigten eingesetzt“, fragt Annette Mühlberg auf dem Digitalisierungskongress.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) baut auf die Sozialpartnerschaft für den Wandel der sozialen Marktwirtschaft zu einer sozialen Datenökonomie.

Die Sozialpartnerschaft und die Mitbestimmungssysteme neu denken, das trieb auch die Diskutierenden des Abschluss-Panels um. Sie versuchten, konkrete Projekte für den Umgang mit KI in der Arbeits- und Lebenswelt auszumachen. So beschwor der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke einen „radikalen Kulturwechsel“ und forderte, dass bereits bei der Definition der Ziele künftiger Mitbestimmungsmechanismen partnerschaftlich vorgegangen werde. Aktuell gebe es sogar ganze Wirtschaftszweige, wo ein Verhandlungspartner für Tarifverträge fehlen würde. Als konkrete Maßnahmen nannte er in diesem Zusammenhang beispielsweise die Möglichkeit erleichterter Allgemeinverbindlichkeitserklärungen oder die Vergabe öffentlicher Aufträge allein an tarifgebundene Unternehmen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zeigte sich optimistisch, dass es mit Hilfe der Sozialpartnerschaft gelingen werde, den Wandel der sozialen Marktwirtschaft zu einer sozialen Datenökonomie zu gestalten. Dazu müssten die Rollen von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften klar definiert sein. Der Staat könne dafür einen Rahmen schaffen, ohne jedoch die Tarifautonomie zu ersetzen.

Technologie in den Dienst des Menschen stellen



Fotos: Kay Herschelmann

Dazu bedürfe es aber vor allem auch einer europäischen KI-Strategie, so Heil. Deren Leitbild müsse es sein, die Technologie in den Dienst des Menschen zu stellen. Voraussetzung dafür sei jedoch eine führende Rolle des Technologie-Standorts Europa. Denn nur „wenn wir ökonomisch mitspielen können, können wir uns auch mit unseren gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Demokratie und sozialstaatlicher Marktwirtschaft behaupten“. Dass dazu eine europäische sowohl technische als auch ökonomische Infrastruktur geschaffen werden müsste, hob Werneke hervor. Für ihn habe dabei die Frage der Technologie-Eigentümerschaft einen besonderen Stellenwert, denn noch sei die technische Infrastruktur komplett in der Hand von US-amerikanischen oder chinesischen Konzernen.

Der ver.di-Vize warf auch die Frage nach dem Zugriff auf bisher vollkommen unregulierte Bereiche der Arbeitswelt auf und bezog sich dabei insbesondere auf die Plattformökonomie. Zustimmung erhielt er dafür vom Bundesarbeitsminister, der diese neuen hybriden Beschäftigungsformen, die sich unserem klassischen Arbeits- und Sozialrecht entziehen würden, als eines der wichtigsten Themen für die Agenda benannte. Auf der stünden außerdem die Einbeziehung der Selbstständigen in die Alterssicherung sowie die Sicherstellung von Qualifizierungsmöglichkeiten für Beschäftigte, um den sich im Zuge der Digitalisierung verändernden Anforderungsprofilen gerecht zu werden. Ein erster Schritt dazu sei mit dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Qualifizierungschancengesetz bereits getan worden. **Monique Hofmann <<**

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt.
Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor.

prenzlauerberg-nachrichten.de

prenzlauer berg NACHRICHTEN

Die Berliner Tageszeitungen hatten ihre Berichterstattung aus den Bezirken zurückgefahren und dem Medienkaufmann Philipp Schwörbel fehlte was: Nachrichten aus seinem Prenzlauer Berg, einem Ortsteil mit über 160.000 Einwohnern im nördlichen Berliner Stadtbezirk Pankow. Zusammen mit Gleichgesinnten, darunter auch Journalist*innen, gründete er die „Prenzlauer Berg Nachrichten“, die Ende 2010 online gingen.

Die Artikel sollten sich an vier Fragen orientieren: Wie wollen wir hier zusammen leben (Politik)? Wie organisieren und gestalten wir hier sinnvoll unser Leben (Alltag)? Wer sind wir und was machen wir hier überhaupt und ganz konkret (Kultur)? Womit verdienen wir das alles (Wirtschaft)? Nachzulesen auf der Facebook-Seite. Erst auf Anzeigenfinanzierung bauend, verzichtete die „Prenzlette“, so der Kosename, ab Mai 2015 auf Werbegelder, die nicht so reichlich flossen, wie von Geschäftsführer Schwörbel erhofft. Seither heißt es: Mitglieder lesen für fünf Euro im Monat alles, die anderen stoßen auf die Paywall. Die Zahl der Abonnements hat inzwischen die 500 überschritten. Für zehn Euro im Monat werden Mitglieder zu „Förderern“, die auch Einladungen zu exklusiven Veranstaltungen erhalten. Für 15 Euro im Monat dürfen sie als „Herausgeber“ zusätzlich über die Themen abstimmen.

Im Sommer 2017 wurde die Seite für mobile Endgeräte umgestaltet. Im Herbst 2017 gab die „Prenzlette“ die Mitgliederverwaltung an die Dienstleistungsplattform „Steady“ (Mitgründer Schwörbel) ab. Die „Prenzlauer Berg Nachrichten“, nun eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), und „Steady“ teilen sich in der Berliner Kulturbrauerei ein Coworking Place mit den 2014 gegründeten „Krautreportern“. Vorstand der Krautreporter-Genossenschaft ist Schwörbel. Die Unternehmen seien wirtschaftlich und redaktionell strikt getrennt, betont er gegenüber M.

Die Redaktion, die das Postfach und die Social Media betreut sowie den Newsletter schreibt, besteht meist aus zwei bis drei freien Journalist*innen, die sich abwechseln und für den Wochendienst 250 Euro erhalten. Ihre Artikel laden die Autor*innen, möglichst gegengelesen im kleinen Autorenkreis, selbst hoch. Für den Besuch der Pankower Bezirksverordnetenversammlung und die daraus entstehenden Artikel würden 400 bis 500 Euro Honorar bezahlt, erklärt Schwörbel. Im redaktionellen Konzept wird es laut Schwörbel bald Änderungen geben: Die Berichterstattung soll nicht mehr unbedingt an der Ortsteilgrenze enden, sondern auch in die benachbarten Kieze schauen. Und da inzwischen die Berliner Tageszeitungen die Stadtteilberichterstattung wieder als ihre Chance entdecken, diskutiert die „Prenzlette“ über eine neue Ausrichtung für die Leser*innen: Durch mehr Hintergrundberichte nicht nur wissen, was passiert, sondern verstehen, warum. Wohl nicht zufällig auch das Motto der „Krautreporter“. **Susanne Stracke-Neumann <<**

24 Jahre Lebenserfahrung

Ausbildung beim SRF in der Schweiz – die meisten werden übernommen

Beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) heißen sie „Stagiaires“, nicht Volontärinnen und Volontäre. Es ist nicht der einzige französisch-sprachige Begriff, der in der deutsch-schweizerischen Medienwelt benutzt wird. Viele Schweizer in Zürich, Bern oder Basel sprechen vom „Service Public“, wenn sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk meinen. Voraussetzung für eine Bewerbung beim SRF: „24 Jahre Lebenserfahrung“. Zwar nicht nur, aber die Lebenserfahrung stand in der Ausschreibung von 2018 immerhin an der ersten Stelle.

Neben internationalem Hintergrund und kultureller Vielfalt, ausgeprägter Sprachkompetenz und technischer Affinität ist fundiertes Fachwissen in einem Fachbereich gewünscht, aber eher nicht aus der Journalistik oder der Kommunikationswissenschaft. Favoriten für die Bewerbung zum Lehrgang 2019/20 sind Naturwissenschaften, Medizin, Mathematik, Informatik, Orientalistik mit Schwerpunkt Arabistik, Sinologie und Regie. Einzige Nennung, die vielleicht auch einen spezialisierten Datenjournalismus-Absolventen anspricht: Data Science. Zwar haben nach der neuesten Studie von „Worlds of Journalism“, die auf Daten von 2012 bis 2016 basiert, rund 70 Prozent der heute arbeitenden Schweizer Journalist*innen einen akademischen Abschluss (Deutschland 77 Prozent), aber der stammt nur zu 38 Prozent aus dem Bereich Journalistik/Kommunikationwissenschaft (Deutschland 37 Prozent). Wenn es nach den Auswahlkriterien des SRF geht, wird sich der Anteil auch nicht markant erhöhen.

Fast die Hälfte sind Frauen

Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG bildet insgesamt 31 Stagiaires aus (Stand Ende 2018), fast die Hälfte sind Frauen. Eine Quote, die sich bei den einzelnen Medienangeboten in den Sprachregionen mehr oder minder wiederholt. Beim SRF waren es zwölf junge Leute, beim rätoromanischen Service Public drei, beim französischsprachigen Angebot sieben, beim italienischen acht, dazu noch ein junger Mann bei der Technischen Produktionsgesellschaft tpc. Ein gemeinsames Ausbildungsprogramm über die Sprachgrenzen bzw. Sendergrenzen gibt es nicht, wie Barbara Peter, Ausbilderin in Zürich beim SRF erklärt. Gibt es Austausch zwischen den Sendern bei den verschiedenen Stationen, die beim SRF Praktika heißen? „Wenn Stagiaires das möchten, stehen wir einem Austausch positiv gegenüber. Es gibt immer wieder einzelne, die sich für ein Praktikum in einer anderen Sprachregion entscheiden.“

Das Interesse an einer Ausbildung beim deutschsprachigen SRF war und ist immer noch sehr groß, erläutert Peter. Allerdings wurde das Bewerbungsverfahren jüngst geändert: Die Interessierten können sich nicht mehr auf die einzelnen Stage-Plätze in den Redaktionen bewerben – und damit vielleicht mehrfach -, sondern nur einmal zentral. Das lässt den direkten Zahlenvergleich zu früher nicht zu.

Die „No-Billag-Initiative“, die den Beitrag zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk kippen wollte und im März 2018 von fast 72 Prozent der Bürger*innen abgelehnt wurde, habe wohl keinen Einfluss auf das Interesse an einer Bewerbung gehabt. Bei Informationsveranstaltungen für Studierende an den Hochschulen seien vereinzelt Fragen zu diesem Thema gestellt worden, resümiert Peter das jüngste Auswahlverfahren: „Es gab auch einzelne, die betonten, sie fänden es essenziell für die Schweizer Demokratie, dass die SRG bestehen bleibe.“

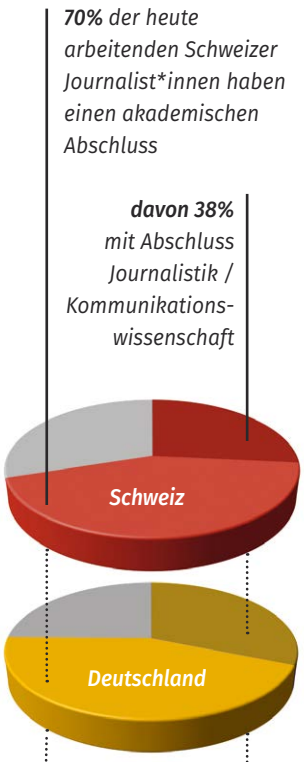
Ziel: Crossmediales Arbeiten

Die Ausbildung beim SRF dauert zwei Jahre, davon sind 18 Wochen Seminare und Workshops, die restlichen 18 Monate verbringen die jungen Leute in „besonders geeigneten Redaktionen“. Beim Fernsehen sind das Tagesschau, Kultur und Sport, beim Radio das Begleitprogramm oder ein Regionalstudio, bei denjenigen mit Schwerpunkt Digital die SRF News oder Kultur Online. Aber: „Grundsätzlich gilt die Regel, dass alle crossmedial arbeiten können müssen“, erläutert Peter das Ausbildungsziel des Hauses. „In einer zweiten und dritten Redaktionsrunde lernen sie einen zweiten und dritten Vektor (Audio/Video/Digital) kennen.“ Im zweiten Ausbildungsjahr können sie die Redaktionen nach ihren Interessen aussuchen.

„Die Ausbildung konzentriert sich auf das journalistische Handwerk wobei die Journalistinnen und Journalisten in vielen Bereichen ohne Techniker-Unterstützung arbeiten. Das heißt, Schneiden und Bearbeiten von Video und Audio gehört selbstverständlich zur Ausbildung.“ Eigene Volontärsprojekte wie Blogs oder Podcasts, die auch im Sendehaus in Zürich ausgebaut werden, gibt es beim SRF nicht. „Bisher“, wie Peter hinzufügt.

Und wie sehen die Chancen nach der Ausbildungszeit beim Service Public aus? Anders als in Deutschland offenbar, wo aus den meisten Ex-Volos des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks freie Mitarbeiter*innen werden. Ausbilderin Peter: „SRF funktioniert ja sehr anders als die ARD. Bei uns ist der große Teil der Mitarbeitenden fest angestellt. Bisher wurden jeweils die meisten Stagiaires übernommen und fest angestellt.“

Susanne Stracke-Neumann <<



Grafik für M: Petra Dreßler

Studie „Worlds of Journalism“
https://tinyurl.com/worlds-of-journalism

Fotos für die Pressefreiheit

Ausschnitt Cover: ROG

In diesem Jahr erschien am 3. Mai die 25. Edition des Buches „Fotos für die Pressefreiheit“ von Reporter ohne Grenzen. Ein Schwerpunkt des diesjährigen Bandes ist die unverändert schwierige Lage in Afghanistan. Der Fotojournalist Andrew Quilty hält sie in teils drastischen Bildern fest. Der Australier lebt seit Jahren in Kabul und dokumentiert den von Gewalt geprägten Alltag. Wie der Überwachungsstaat in China ausgebaut wird, beschreiben die Bilder des französischen Fotografen Gilles Sabrié. Sie zeigen die Sicherheitsarchitektur des Landes mit Monitoren und Anzeigentafeln und ermöglichen den Einblick in Firmen, die die entsprechende Software dafür entwickeln. Der Fotograf Thomas de Wouters aus Belgien hat im Kongo die Mitglieder der Bewegung „La Lucha“ besucht. Seine Schwarz-Weiß-Fotos erzählen, wie sich Aktivistinnen und Aktivisten für politischen Wandel in ihrem Land einsetzen.

Mit aufrüttelnden Bildern ist die Fotografin Véronique de Viguerie aus dem Jemen zurückgekommen, die Lage dort gilt als größte humanitäre Katastrophe der Welt. Durch Russland führt Dmitri Markow mit Fotos aus der Provinz. Seine Aufnahmen sollen nichts beschönigen und nichts konstruieren. Er verbreitet die Bilder auf Instagram und trifft damit den Nerv der Zeit. In Rumänien wächst die Hauptstadt Bukarest unaufhörlich. Am Stadtrand sind in kurzer Zeit viele neue Wohnviertel entstanden. Der rumänische Fotograf Petrut Calinescu hat sie durchstreift und zeigt ein Land zwischen Tradition und Aufbruch. Mehr als 20 Fotografinnen und Fotografen haben Reporter ohne Grenzen ihre Werke für das diesjährige Fotobuch unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Reporter ohne Grenzen finanziert sich neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch mit Hilfe des Fotobuchs. Der Erlös fließt vollständig in Pressearbeit und Nothilfe, wie Anwaltskosten und medizinische Hilfe für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.

PM <<

Reporter ohne Grenzen (Hrsg.): Fotos für die Pressefreiheit 2019, 107 Seiten, 14 Euro, ISBN 978-978-3-937683-82-9. Direkt bestellen: www.reporter-ohne-grenzen.de/shop/produkt/153/

Aktion

Aktion für Casimir Kpedjo, Benin

Journalist verbreitet angebliche Falschmeldungen

Am 18. April 2019 stand die Polizei vor Casimir Kpedjos Haus in Cotonue, dem wirtschaftlichen Zentrum des westafrikanischen Staates Benin. Der Chefredakteur der Zeitung „Nouvelle Economie“ wurde festgenommen und musste mehrere Tage in Gewahrsam bleiben.

Ihm droht jetzt der Prozess vor dem Gericht für Wirtschaftskriminalität und Terrorismus. Sein „Verbrechen“: Casimir Kpedjo hatte auf Facebook Artikel geteilt, die in seinem Blatt erschienen waren und in denen die wirtschaftliche Lage Benins beschrieben war. In den Texten hieß es, die Behörden von Benin hätten Schulden in Höhe von umgerechnet 725 Millionen US-Dollar gemacht, was einen Verstoß gegen das Finanzgesetz von 2019 darstelle.

AMNESTY INTERNATIONAL

Die Folge der Aktivitäten Kpedjos bei Facebook war eine Anklage wegen der „Veröffentlichung von Falschmeldungen“. Derzeit befindet sich Casimir Kpedjo gegen Kaution auf freiem Fuß. Bei der Festnahme wurden sein Laptop und sein Mobiltelefon konfisziert. Den Rechner erhielt der Journalist inzwischen zurück, sein Mobiltelefon noch nicht.

In Benin sind in den vergangenen Jahren mehrere repressive Gesetze verabschiedet worden, um gegen kritische Stimmen vorzugehen. Unter anderem gibt es seit 2017 ein Gesetz über digitale Inhalte, das Online-Delikte, die Veröffentlichung von Falschmeldungen und die Anstiftung zur Rebellion über Online-Kanäle unter Strafe stellt. Mit den vage gehaltenen Vorschriften sollen Journalisten wie Casimir Kpedjo, die lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben, eingeschüchtert und mundtot gemacht werden.

Harald Gesterkamp <<

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den Präsidenten Benins und fordern Sie, dass die Anklage gegen Casimir Kpedjo wegen Verbreitung von „Falschmeldungen“ aufgehoben wird. Verlangen Sie außerdem, dass in Benin das Recht auf freie Meinungsäußerung in vollem Umfang respektiert, geschützt und gefördert wird. Schreiben Sie auf Englisch oder Deutsch an:

President Patrice Talon · Palais de la Marina · Cotonou · BENIN
E-Mail: communicationdigitale@presidence.bj
Twitter: @PresidenceBenin

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
BOTSCHAFT DER REPUBLIK BENIN
I.E. Frau Josseline Louise Marie Da Silva Gbony
Englerallee 23 · 14195 Berlin · Fax: (030) 236 31 47 40
E-Mail: diplo@ambassade-benin.de

Crossmedialer Tischreporter

Pilot für drei Jahre beim WDR tarifiert – weitere Tätigkeiten im Blick

Seit über fünf Jahren verhandeln die Gewerkschaften mit dem WDR über crossmediale Honorare. Der Sender wollte wegen angeblicher Synergien bei der Recherche zu einem Thema auf mehreren Ausspielwegen hohe Abschläge machen. Das hat die Verhandlungen zunächst einmal ins Off gebracht. Inzwischen wurde ein „Crossmedialer Tischreporter“ als Pilot für drei Jahre tarifiert.

Mit einem sogenannten Stufenmodell wollte der WDR für den ersten Beitrag zu einem Thema 100 Prozent des Honorars bezahlen, beim zweiten Beitrag zum selben Thema nur noch 50 Prozent und beim dritten Beitrag sogar nur noch 30 Prozent. Die Gewerkschaften haben die Gespräche dazu nach geraumer Zeit aufgekündigt, denn so hohe Abschläge hielten sie für nicht gerechtfertigt. Zugegeben gibt es Synergien, wenn man mehrere Beiträge zu einem Thema macht. Aber die Recherche für einen Fernseh-Beitrag ist eine vollkommen andere, als die für einen Hörfunk-Beitrag.

Der WDR hat daraufhin sein Stufenmodell einseitig eingeführt. Das wiederum hat den Personalrat auf den Plan gerufen, der beim WDR auch für die Einhaltung der Tarifverträge von Freien zuständig ist. Nach einigem Hin und Her haben sich Gewerkschaften und WDR dann zu einer zweitägigen Klausur getroffen. Herausgekommen ist ein „Letter of Intent“. Darin sagt der Sender zu, die einseitige Honorierungs-Praxis in Zukunft zu unterlassen. Als zweiten Schritt kam dann die Tarifierung des „Crossmedialer Tischreporter“ – ein Pilotprojekt für drei Jahre. Nach dieser Zeit kann er ohne Nachwirkung wieder abgeschafft werden.

Die Tischreporter*in geht nicht raus, sondern erledigt vom Schreibtisch aus Recherchen, schreibt Meldungen, besorgt Material, organisiert Gespräche mit Kolleg*innen oder Expert*innen … – für alle drei Ausspielwege. Die Beauftragung kann sowohl monothematisch als auch multithematisch erfolgen und muss im Vorfeld klar abgesprochen sein. Die Tischreporter*in kann sowohl tagesaktuell als auch für langfristige Projekte eingesetzt werden. Sie hat eine acht Stundenschicht, danach gibt es Zuschläge in Höhe von 12,5 Prozent pro angefangene Stunde.

Die Tätigkeiten sind genau definiert und teilen sich in drei unterschiedliche Anforderungs-Pakete auf. Für das erste gibt es 350 Euro pro Tag, für das zweite 450 Euro und 550 Euro für das dritte Paket. Das Schöne an diesen – im ARD-Vergleich – relativ hohen Effektivhonoraren ist: Die linearen Erhöhungen der Vergütungsverhandlungen kommen immer oben drauf – für den WDR leider keine Selbstverständlichkeit. Mit dem einmaligen Honorar (E-Verträge) sind allerdings alle Folge-Vergütungen abgegolten.

Weil absehbar ist, dass die drei Anforderungs-Stufen mit den Etat-Verantwortlichen in den Redaktionen auch zu Diskussionen und Streitigkeiten führen werden, gibt es eine paritätisch besetzte Clearing-Stelle, die dann einspringt und versucht, die unterschiedlichen Positionen zu klären. Der Pilot wird zudem evaluiert.

Das wurde auch bei dem anderen tarifierten Crossmedia-Piloten des WDR im Studio Wuppertal gemacht. Diesen Piloten gibt es bereits seit über drei Jahren. Er ist rein auf die nachrichtliche Berichterstattung beschränkt. Ursprünglich haben mal drei Freie pro Tag so gearbeitet, heute ist es nur noch einer. Bezahlt wird nach einem ziemlich komplizierten, dafür aber sehr gerechten System, bei dem es für jede Tätigkeit eine bestimmte Anzahl an „Crossi-Punkten“ gibt. Das vorläufige Ergebnis der Evaluation lautet: Solche Cross-Media-Schichten bedeuten wesentlich mehr Stress für die Freien. Allerdings bedeutet es für Freie, die zuvor nur Hörfunk gemacht haben, auch mehr Geld. Denn im Rahmen der crossmedialen Tätigkeit machen sie dann auch Nachrichten-Filme, die höher honoriert werden.

Was den Verhandlungsparteien jetzt noch bevor steht, ist die Tarifierung einer Cross-Media-Reporter*in, die auch rausgeht. Denn der WDR hat die Ressorts Wissenschaft, Wirtschaft und Sport zu Crossmedia-Leuchttürmen erklärt. Das heißt ganz praktisch: Gerade ziehen die Redaktionen aus diesen Bereichen zusammen, um besser medienübergreifend arbeiten zu können. In der Konsequenz heißt das, dass die Redaktionen natürlich Freie auch entsprechend beauftragen und honorieren wollen. Doch anders als bei der Tischreporter*in, die für freie Autoren*innen eigentlich keine direkte Konkurrenz bedeutet, ist die Crossmedia-Reporter*in für die Freien Mitarbeiter*innen in der Region durchaus eine neue Konkurrenz. Aber vielleicht gehen dafür ja noch einmal fünf Jahre ins Land.

Anja Arp, Freie im WDR und Mitglied im Personalrat <<

Mehr Infos

über die Aktivitäten des ver.di-Senderverbands WDR unter: https://wdr.verdi.de

Unterlagen zu den Crossmedia-Verhandlungen: https://tinyurl.com/y4v52zmn

Kino

Annäherung und Abbruch

Foto: Lars Hansen

Begleitet von zahlreichen Streiks und Protestaktionen verhandeln derzeit CinemaxX und Cinestar über neue Tarifverträge. (Foto: Demo in Hamburg) Dabei kam es zwischen ver.di und CinemaxX in der siebenten Verhandlungsrunde am 21. Mai zu weiteren Annäherungen.

Auf von ver.di eingereichte Eckpunkte konnten sich die Tarifparteien bereits in der Vorrunde einigen. Dazu gehört unter anderem, dass die Einstieglöhne über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen und die Bezahlung von Servicekräften und Service Managern verbessert wird. Weit auseinander liegen die Positionen in Bezug auf die Ausgestaltung der Aufgaben des Service Managers und die Regelungen zur Einarbeitung neuer Kolleg*innen. Die Tarifkommission wird am 6. Juni (nach Drucklegung von M) über das weitere Vorgehen beraten. Bis dahin wurde auf weitere Arbeitskampfmaßnahmen verzichtet.

Die Tarifverhandlungen für die Kinokette CineStar sind am Abend des 28. Mai in der sechsten Verhandlungsrunde in Hamburg ergebnislos abgebrochen worden. „Die Arbeitgeber haben diesen Abbruch mit einem Angebot provoziert, das faktisch massive Lohnverluste für die Beschäftigten bedeutet. Man muss sich fragen, ob CineStar überhaupt Interesse an einer Einigung und der angemessenen Bezahlung seiner Beschäftigten hat“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Holm-Andreas Sieradzki. Er forderte die Arbeitgeber zu einem deutlich verbesserten Angebot auf, „über das man ernsthaft verhandeln kann“. Sieradzki betonte, die einzige angemessene Antwort auf das Verhalten der Arbeitgeber seien „weitere, kraftvolle Streiks“. Zurzeit verdienen Servicekräfte als Einstiegslohn 9,19 Euro. Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart. **wen <<**

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Tarifverhandlungen begonnen

Im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk laufen seit Anfang April Tarifverhandlungen. Gestartet beim NDR, verhandeln zurzeit auch MDR, WDR, SWR und ab 5. Juni der SR. Zentrale Forderung: Die Gehälter sollen um 6 Prozent, mindestens aber um 200 Euro monatlich erhöht werden. Auch die Beträge des Honorarrahmens, aller effektiv gezahlten Honorare sowie alle Pauschalhonorare sollen um 6 Prozent ansteigen.

Der NDR steht am 20. Juni bereits vor der dritten Verhandlungsrunde. Zuvor hatte die Intendanz lediglich 1,9 Prozent, den Inflationsausgleich, angeboten. Dabei „tat der NDR vor allem Eines: Er drückte auf die Tränendrüse. Verwaltungsdirektorin Böckler und Justiziar Kühn sprachen von Kostenanstieg und schlechter Ertragsentwicklung“, heißt es in einer Tarifinformation von ver.di. Aussagefähige Zahlen zu Personalkostenanteil, Produktivitätszuwachs, Erträgen, Einnahmeerwartungen, Verteilungsspielräumen und mögliche Stellenkürzungen sei der NDR schuldig geblieben. „Für ver.di bleibt das Ergebnis im Öffentlichen Dienst der Länder, also 8 Prozent bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 33 Monaten, weiterhin die Orientierung“, erklärt die Tarifkommission.

Mit klaren Vorstellungen ging ver.di auch beim WDR am 24. Mai in Köln in die Tarifverhandlungen. „Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Gehälter und Honorare erreichen“, sagte Christof Büttner, Verhandlungsführer für ver.di. Er begründet das mit der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, von der „die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht abgeschnitten werden dürfen“. Jedoch legte der WDR in der ersten Verhandlung kein Angebot vor. Stattdessen wurde ein Angriff auf die Gehaltsstruktur angedroht. So soll es etwa Stufensteigerungen nur noch alle drei Jahre anstatt wie bisher alle zwei Jahre geben. Am 24. Juni geht es weiter.

Auch beim MDR hat es zunächst kein Angebot des Arbeitgebers gegeben. In der zweiten Verhandlungsrunde am 13. Mai hat der MDR unter anderem für feste und freie Mitarbeiter*innen, Auszubildende und Volontär*innen lediglich eine Erhöhung der Gehälter und Honorare von 4 Prozent in zwei Schritten bei zweijähriger Laufzeit angeboten. Das wurde von den Gewerkschaften als „völlig unzureichend“ bewertet. Nächster Verhandlungstermin ist der 21. Juni. **wen <<**

IMPRESSUM: „M – Menschen Machen Medien“
Medienpolitisches ver.di-Magazin, erscheint im Jahr mit vier gedruckten Ausgaben, die jeweils ein Schwerpunktthema behandeln. „M Online“ berichtet aktuell aus der Medienbranche: https://mmm.verdi.de

Herausgeber:
Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion:
Karin Wenk (verantwortlich), Tel. 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030/69 56 36 76, E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, Hof D/ Eingang D1, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 75
E-Mail: anzeigen@ask-berlin.de

Ansprechpartnerin: Simone Roch, Strategische Kommunikation
Tel. 030/740 73 16 32
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 24 gültig ab 1.1.2019

Gestaltung:
Layout: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de
Druck und Vertrieb: Mohn Media
Carl-Bertelsmann-Straße 161M, 33311 Gütersloh

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Tel. 0711/700 15 30. Fax: 0711/700 15 10. E-Mail: service@verlag-weinmann.com

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten.

Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive Mwst.). ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Redaktionsschluss M:
M 02.2019: 20.05.2019
M 03.2019: 16.09.2019
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Weitere Publikationen:

M Online
https://mmm.verdi.de/
verantwortlich:
Karin Wenk
Tel: 030/69 56 23 26
Kunst und Kultur Online
https://kuk.verdi.de/
verantwortlich:
Valentin Döring
Tel: 030/69 56 23 30
„Druck + Papier“
verantwortlich:
Andreas Fröhlich
Tel: 030/69 56 23 40

DREHSCHEIBE BRINGT LICHT INS DUNKEL

www.drehscheibe.org

drehscheibe
aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen